



medico international

rundschreiben

01 | 13

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar.....	4
Griechenland.....	7
Syrien.....	10
Israel / Palästina.....	16
Projekte – Projektionen.....	20
Pakistan.....	22
Guatemala.....	26
Interview mit Jean Ziegler.....	28
Migration.....	34
medico aktiv.....	38
medico Materialliste.....	40
Service/Impressum.....	42

Titelseite: „You are the refugees of Europe“ – Graffiti am griechischen Parlamentsplatz. 2012 sind in Griechenland pro Tag mehr als 1.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Verschuldung raubt den Menschen ihre Kreativität, sie werden erniedrigt und isoliert in Schuld und Elend. Foto: medico

Liebe Leserinnen und Leser,

Jean Ziegler, der Schweizer Soziologe und langjähriger Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung, ist nicht nur eine lebende Enzyklopädie des Widerstands gegen weltweite Ungerechtigkeit, er ist auch ein Anhänger der deutschen Demokratie. Als ich ihn 2010 zum ersten Mal für das Rundschriften interviewte, sagte er: Deutschland sei die lebendigste Demokratie Europas. Ich hielt es für eine freundliche Geste. Im Interview dieses Rundschriftens wiederholt er den Satz. Dieses Mal schien es mir nicht nur eine freundliche Geste, sondern auch ein freundlich versteckter Appell an unser Verantwortungsgefühl mit der unausgesprochenen Botschaft: Nutzt die Chance, Politik zu beeinflussen und deutsche Politiker zu einer anderen Politik zu zwingen.

Liest man den Bericht unserer Gesundheitsreferentin Kirsten Schubert aus Griechenland, dann kann man sich diese Aufforderung nur zu Herzen nehmen. Mich beschäftigte beim Lesen ihres Reiseberichtes die Frage, warum man von Griechenland niedrigere öffentliche Gesundheitsausgaben verlangen kann als von Deutschland? Ist die Gesundheit der Griechen weniger wert als die der Deutschen? Denn die Sparauflagen, die bekanntlich von Deutschland rigide eingefordert werden, verlangen von Griechenland die öffentlichen Gesundheitsausgaben bei 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu halten oder gar noch darunter zu senken. In Deutschland beträgt der Anteil hingegen 9 Prozent. Das Maß für



Die malische Krise trifft auch die subsaharischen Migranten, die Mali als Transitland in den Norden nutzten. Nigerianischer Tagelöhner in Bamako.

Menschenwürde muss doch überall gleich sein. Erst Recht in einem gemeinsamen Raum wie der Europäischen Union. Dass das von Deutschland dominierte Europa systematisch und zielgerichtet eine solche Ungleichheit zulässt, ist empörend. Und könnte Auswirkungen auf Deutschland haben. Denn schon drohen Rating-Agenturen, dass man die gute Bewertung Deutschlands senken werde, wenn nicht die öffentlichen Gesundheitsausgaben gekürzt würden. Wir werden deshalb mit anderen Gesundheitsaktivisten in Kürze Aktionsvorschläge entwickeln und öffentlich machen. Auf Ihre Beteiligung setzen wir dabei.

Welches politische Denken für gerechte Gesundheit notwendig wäre, entwickelt Thomas Gebauer in seinem Kommentar zum Thema Umverteilen. Er ist eine Grundlage für die medico-Beteiligung an der Kampagne Umfairteilen, die im Sommer einen großen Kongress in Berlin veranstaltet, um Einfluss auf den Wahlkampf zu nehmen. Nicht zuletzt mit Blick auf die Auseinandersetzungen rund um den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist das dringend nötig. Der wurde solange umgeschrieben, bis aus der Aufforderung zur „Prüfung weite-

rer Maßnahmen zur Besteuerung“ der Reichen ein zahmes „Werben für ein freiwilliges Engagement Vermögender“ wurde.

Sie werden viele Berichte in diesem Heft finden, die sich ganz nah an der Wirklichkeit unserer Partnerinnen und Partner bewegen. Die Texte über Syrien, Pakistan, Guatemala belegen, wie nah sich unsere Kollegen an den zentralen Konflikten und Überlebensfragen bewegen.

Zu Recht vermissen Sie einen Artikel über Mali und die Debatte um die Intervention Frankreichs. Ich nutze diese thematische Auslassung, um Sie auf unsere Webseite zu verweisen. Dort haben wir ein ganzes Mali-Hintergrunddossier angelegt. Außerdem veröffentlichen wir regelmäßig die Sichtweise unseres malischen Kollegen Alessane Dicko, der im medico-Blog die aktuellen Entwicklungen in seinem Land unter die Lupe nimmt.

Mit freundlichen Grüßen



www.medico.de/hoeren

Mehr soziales Eigentum

Wer heute solidarisches Umverteilen fordert, stellt die Frage nach alternativen Eigentumsmodellen/ Eine Begründung von Thomas Gebauer

Gesundheit für alle: das engagierte Ziel von Gesundheitsaktivisten in aller Welt könnte längst verwirklicht sein, denn, und das ist die gute Nachricht: Es mangelt nicht an den Mitteln, die notwendig sind, um allen Menschen ein Höchstmaß an Gesundheit zu ermöglichen. Die Welt schwimmt im Geld, und das spiegelt sich auch in den weltweiten Ausgaben für die Gesundheitsversorgung. 6.500.000.000.000 US-Dollar waren es 2010, so die WHO, 6,5 Billionen. Verteilt auf alle Bewohnerinnen und Bewohner der Erde wären das immerhin knapp 1.000 Dollar pro Kopf und Jahr. Die schlechte Nachricht: in Eritrea stehen den Menschen durchschnittlich nur 12 Dollar zur Verfügung. In Glasgow haben Kinder aus ärmeren Siedlungen eine um 27 Jahre geringere Lebenserwartung als Kinder aus wohlhabenden Wohngebieten. In Griechenland müssen heute Krankenhäuser aus Geldmangel selbst lebensnotwendige Operationen absagen und ein ganzes Gesundheitssystem droht zu kollabieren. Und auch in Deutschland stehen Krankenhäuser aus finanziellen Gründen vor dem Aus.

Ethische Dimension: Solche Zustände sind unerträglich. Wer sich in all der Krisendynamik die Fähigkeit bewahrt hat, menschlich zu empfinden, wer nicht dulden will, dass jemand so viele Jahre früher stirbt, nur weil er oder sie das Pech hatte, an einem weniger günstigen Ort zur Welt gekommen zu sein, wer in solchen Ungleichheiten schreiendes Unrecht sieht, kann gar nicht anders, als sich über Ausgleich Gedanken zu machen. Es ist der Respekt vor der Würde der Anderen, aus dem der Impuls erwächst, füreinander solidarisch einzustehen. Darin liegt die ethische Dimension eines Handelns, das auf Umverteilen drängt – und das sogleich auf die gesellschaftliche Dimension des Umverteilens verweist.

Gesellschaftliche Dimension: Bekanntlich haben ärmere Menschen häufiger mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen als reichere. Dass sie ein dreimal höheres Risiko auch für Herzinfarkte und Bluthochdruck haben, belegt, dass selbst noch der Stress, der oft als Problem der sogenannten Leistungsträger betrachtet wird, in viel höherem Maße mit Armut korreliert. Das Paradox ist hinreichend bekannt: ausgerechnet diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Lage den größten Bedarf an gesundheitlicher Versorgung haben, können sich diese am wenigsten leisten, zumindest nicht aus eigener Tasche. Solange es das Armutsgefälle gibt, ist Gesundheit nur dann für alle zu erreichen, wenn diejenigen, die mehr haben, auch für die Gesundheitsbedürfnisse derjenigen ein-



Foto: Reuters



Im darwinistischen Kapitalismus ist das Geld der wahre Geist aller Dinge. Protest von Occupy Wallstreet als „Corporate Zombies“ gegen eine Welt, die von allen guten Göttern verlassen ist.

stehen, die weniger haben. Wenn ungleich verteilte Ressourcen so umverteilt werden, dass alle davon etwas haben. Dieses Prinzip solidarischer Umverteilung gehört zu den großen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Es trägt indigene Gesellschaften, es gehört zum Kern der katholischen Soziallehre, es ist Grundlage der aufgeklärten Idee des Gesellschaftsvertrages. Es kommt in genossenschaftlich betriebenen Dorfapotheken ebenso zum Ausdruck wie in steuerfinanzierten kommunalen Wasserwerken und gesetzlich geregelten Krankenversicherungen, die von progressiv gestaffelten Beitragszahlungen getragen werden. Umverteilen sorgt für soziale Kohäsion, ohne die weder Gesellschaftlichkeit noch auf Dauer menschliche Existenz denkbar sind.

Rechtliche Dimension: Und so nimmt es nicht wunder, dass die Notwendigkeit eines Ausgleiches von den wenigsten bestritten wird. Selbst hartgesottene Liberale plädieren für eine Art Umverteilen, wenn sie sich, wie beispielsweise Bill Gates, in philanthropischen Stiftungen engagieren. Sie sehen darin aber einen freiwilligen Akt, für den es keine Verpflichtung geben darf. Das bestehende Steuersystem, so setzt Sloterdijk noch eins drauf, sei von einem bürokratisierten Ritual der Zwangsabgaben in eine Praxis freiwilliger Bürgerbeiträge umzuwandeln. In der Idee der Menschenrechte aber steckt mehr als nur die programmatische Vorstellung eines guten Lebens für alle. Sie umfasst auch die Idee gesellschaftlicher Verpflichtungen. Rechte begründen Rechtsansprüche, die nichts wert wären, wenn sie nicht mit entsprechenden Garantien der Gemeinwesen einhergingen. Nur als Mitglieder einer rechtlich verfassten Gemeinschaft sichern sich die Menschen ihre Rechte. Nur dort, wo ein öffentlich getragenes Gesundheitssystem existiert, kann das Recht auf Gesundheit auch geltend gemacht werden. Bei einem privaten Krankenhausträger, bei philanthropischen Vereinen können Hilfsbedürftige hingegen Unterstützung bestenfalls noch beantragen, nicht aber mehr einklagen. Wer verpflichtende Umverteilungsmechanismen ablehnt oder abschaffen will, plädiert für eine rückwärtsgewandte Re-Feudalisierung der Verhältnisse, die Rückkehr in den Naturzustand.

Politische Dimension: Die Verwirklichung und der Schutz des Rechts auf Gesundheit verlangen eine gesellschaftliche Sphäre, in der privatwirtschaftliche Interessen am besten gar nicht oder nur sehr stark reguliert zum Tragen kommen. Gesundheitsversorgung ist ein Gemeingut, dessen Auslieferung an den Markt vielleicht die Rendite von Kapitalanlegern steigern kann, nicht aber die Qualität der Versorgung. Keine Frage: gute Versorgung erfordert ausreichende Budgets. Budgets, die auf der Grundlage bestehender Gesundheitsbedürfnisse öffentlich bereitgestellt und nicht erst durch unsinnige Operationen erwirtschaftet werden müssen, wie das heute leider immer mehr der Fall ist. Mit der Ausrichtung von Gesundheitseinrichtungen an betriebswirtschaftlichen Vorgaben verkümmert Gesundheit zum Business und wird ärztliches Handeln zum Geschäftsmodell. Adäquate Gesundheitsversorgung erfordert die Schaffung eines „sozialen Eigentums“, auf das im Bedarfsfalle auch diejenigen zurückgreifen können, die über kein privates Eigentum verfügen. „Soziales Eigentum“ entsteht durch Umverteilen; es erfordert keine komplizierten auf Rendite zielenden Anlagefonds, die lediglich erwirtschaftete Gewinne ausschütten, sondern Finanzierungsmechanismen, die was sie einnehmen, unmittelbar zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse einsetzen. Dabei ist es nicht eigentlich von Bedeutung, ob Gesundheitseinrichtungen steuerfinanziert sind oder über Pflichtbeiträge seiner Mitglieder getragen werden. Wichtig ist, dass sich alle an der Finanzierung beteiligen und wirtschaftlich Bessergestellte höhere Beiträge leisten, eben Umverteilung stattfindet.

Transformierende Dimension: War Umverteilung zu Zeiten eines unbegrenzt scheinenden Wirtschaftswachstums und hoher Steueraufkommen noch möglich, ohne die privaten Gewinne und Vermögen zu schmälern, stellt Umverteilung heute unmittelbar auch die Systemfrage. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist keine der üblichen zyklischen Krisen mehr, die das Marktgeschehen schon immer begleitet haben, sondern eine, in der die Grenzen des Wachstums auf doppelte Weise sichtbar werden. Die Ökonomisierung von Mensch und Gesellschaft ist nahezu abgeschlossen, die ökologischen Grenzen erreicht. Allein der Raubbau an den natürlichen Ressourcen sowie die kulturelle Erosion versprechen noch Rendite. Zu letztem zählen die Kapitalisierung von Gesundheitseinrichtungen, der häuslichen Pflege, genossenschaftlicher Wohnformen, der Wasserversorgung, mithin die Enteignung des durch Umverteilung gebildeten „sozialen Eigentums“. Wer heute Umverteilen fordert, verlangt mehr als Fairness. Er fordert zugleich ein Eigentumsmodell jenseits von Privateigentum als institutionelle Grundlage dafür, dass Menschen nicht in Armut und Krankheit verrecken müssen.

Universelle Dimension: Umverteilung wird nur dann ihrer ethischen Dimension gerecht, wenn sie mit dem Verbot jeglicher Diskriminierung einhergeht. Öffentlich finanzierte Gesundheitswesen werden zur Farce, wenn ihre Leistungen Rentnern, Arbeitslosen oder Migranten nur reduziert oder gar nicht zugute kommen. Letztlich erfordert Umverteilen ein universelles Handeln, was mit Blick auf die globalisierten Verhältnisse heute nur noch im internationalen Rahmen und durch Schaffung neuer globaler Institutionen gelingt, die schließlich auch zwischen den Ländern für einen Ausgleich sorgen.

All das ist aufgerufen, wenn es um Umverteilen geht. Das Projekt einer anderen Welt scheint auf, und die ist bekanntlich möglich. ■

Krank gespart

30 Prozent der griechischen Bevölkerung sind nicht mehr versichert und auf solidarische Hilfen angewiesen

Im größten Krankenhaus von Athen ist kein Bett mehr unbelegt, selbst auf den Gängen reiht sich Pritsche an Pritsche. Medizinisch gut versorgt aber wird hier kaum noch jemand. Es mangelt an Arzneimitteln, selbst Verbandsmaterial ist knapp geworden. Ärztinnen und Pfleger tun, was sie können, sind aber heillos überlastet. „Therapie nach Leitlinien erhält kaum noch jemand“, erklärt ein junger Mediziner, „und Unversicherte schon gar nicht“.



Folge der Troika: Diabetes und Bluthochdruck bleiben unbehandelt.

Offiziell sind rund 30 Prozent der Bevölkerung in Griechenland nicht mehr krankenversichert, vermutlich aber ist bereits jeder Zweite aus der Absicherung herausgefallen. Seit die Troika durchgesetzt hat, dass alle sozialstaatlichen Leistungen, inklusive Krankenversicherung, zwölf Monate nach Verlust des Arbeitsplatzes einzustellen sind, ist die steigende Zahl Arbeitsloser ein sicherer Indikator für die zu erwartenden gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung. Schließlich ist jeder vierte Grieche aktuell arbeitslos, bei Jugendlichen unter 24 Jahren sind es mehr als die Hälfte. Zu der Perspektivlosigkeit angesichts eines kollabierenden Wirtschaftssystems gesellt sich die Angst, welche Folgen eine akute Erkrankung haben kann – ökonomisch und gesundheitlich. Wer nicht krankenversichert ist, muss die

Kosten einer Behandlung vor Ort in bar bezahlen oder aber das Geld wird am Ende des Jahres über die Steuer eingezogen. Betroffene konsultieren also nur noch einen Arzt, wenn sie über Geldreserven verfügen – oder erst dann, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Leere Regale in den Apotheken

Ähnlich dramatisch ist auch die Situation bei der Versorgung mit Arzneimitteln. Seit 2012 bekommt man in Apotheken Tropfen, Tabletten oder Salben nur noch gegen Barzahlung. Und Hunderte Präparate sind überhaupt nicht mehr erhältlich. Das liegt unter anderem daran, dass Pharmafirmen nicht mehr liefern, weil die Refinanzierung aufgrund des Bankrotts des Nationalen Trägers für Gesund-

heitsleistungen (EOPYY) ungewiss ist. Die EOPYY, in der verschuldete Krankenkassen zusammengeführt worden sind, soll Verbindlichkeiten von etwa zwei Milliarden Euro gegenüber Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern und Pharmaherstellern bedienen, erhält gleichzeitig aber rund 500 Millionen Euro weniger staatliche Zuschüsse. Eine Folge sind leere Regale in den Apotheken.

Am heftigsten trifft die von der griechischen Regierungskoalition, der „inneren Troika“ aus Nea Demokratia, PASOK und DIMAR, durchgesetzte Sparagenda Menschen mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck oder Krebs. Vom staatlichen Gesundheitssystem im Stich gelassen, wenden sich viele an die selbstorganisierten solidarischen Kliniken, die angesichts der Krise überall im Land entstanden sind. So auch in Thessaloniki. 250 Patienten pro Woche werden hier von ehrenamtlich arbeitenden Ärztinnen, Ärzten, Physiotherapeutinnen und -therapeuten sowie anderen Gesundheitsaktivisten versorgt. Dafür spendet die Bevölkerung u.a. Medikamente und Babynahrung. „Im Gegensatz zu den Krankenhäusern sind wir ganz gut versorgt“, berichtet ein langjähriger Begleiter von medico und Aktivist im People's Health Movement, „aber das kann sich natürlich jederzeit ändern, denn auch private Vorräte sind irgendwann erschöpft“. Als Reaktion auf die Engpässe



hat die griechische Regierung bereits einen Exportstopp für manche Medikamente verhängt. Die Pharmaunternehmen wiederum begründen ihre Politik mit den im Oktober 2012 verabschiedeten Preislisten, die sie zu Preissenkungen von 16 Prozent für rund 12.500 Medikamente verpflichtet haben. Mit dieser Maßnahme war die Regierung einer Auflage der Troika gefolgt, die teilweise massiv erhöhten Medikamentenpreise zu reduzieren und den Anteil an verschriebenen Generika zu steigern. Mag dieser Ansatz berechtigt gewesen sein, so sind es zahlreiche andere Auflagen keineswegs. Die seit mehr als einer Dekade akkumulierten Strukturprobleme des griechischen Gesundheitswesens drohen unter dem Sparprogramm zu explodieren. Massive Kostenreduktionen, Stellenabbau und gekürzte Löhne überfordern die öffentlichen Krankenhäuser, während sie gleichzeitig von Patienten überlaufen werden, die sich die private Krankenversorgung nicht mehr leisten können.

Die von außen erzwungenen „Strukturpassungen“ haben historische Vorläufer in den Programmen, mit denen IWF und



Foto: Reuters

Weltbank in den 1980er bis 1990er Jahren Lateinamerika und weitere Länder drangsaliert haben. Auch seinerzeit wurde im Namen eines wirtschaftlichen Aufschwungs an der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gespart – mit fatalen Folgen. Das neoliberale Experiment verfehlte die volkswirtschaftlichen Ziele und sorgte für eine rapide gesundheitliche Verschlechterung. Schließlich mussten selbst die Befürworter der Strukturanpassung eingestehen, dass die „menschlichen Kosten“ zu hoch waren. Doch als gäbe es diese Erfahrungen nicht, verlangt heute unter anderem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, dass Griechenland die Auflagen „schnell, umgehend und ohne zu zögern“ umsetzen müsse.

Abwertung von Gesundheitspersonal

Tatsächlich spielt Deutschland für die künftige Gesundheitspolitik in Griechenland eine zentrale Rolle, ist doch das Bundesministerium für Gesundheit für die „Unterstützung Griechenlands im Gesundheitsbereich“ zuständig. Zusammen mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wird eine Gesamtstrategie erarbeitet. Schon jetzt sind äußerst umstrittene Elemente des deutschen Gesundheitssystems wie die Krankenhausabrechnungen nach Fallpauschalen nach Griechenland exportiert worden. Obwohl hier inzwischen die Nebenwirkungen – von der steigenden Zahl unnötiger Operationen bis zu verfrühten Entlassungen von Patienten aus Kliniken – bekannt sind sowie die erwarteten Kostenersparnisse nicht eintraten, werden sie nun dem griechischen

System eingepflegt. Dabei haben die immer neuen Sparrunden und Strukturanpassungen bereits zu gesundheitlichen Katastrophen geführt. Viele Zahlen dokumentieren den Verfall: In Griechenland ist die Suizidrate um 40 Prozent gestiegen, HIV-Infektionen haben um 52 Prozent zugenommen, 26.000 Gesundheitsarbeiter, inklusive 9.100 Ärzten, haben ihre Arbeit verloren, Gelder für psychosoziale Versorgung sind um 45 Prozent gekürzt worden.

Mitten in Europa ist die Abwärtsspirale in Armut und Krankheit voll in Gang. Viele Medizinerinnen und Mediziner in Griechenland reagieren auf diese Entwicklung mit zivilgesellschaftlichem Engagement, indem sie protestieren, Dienst in solidarischen Kliniken leisten und Basisinitiativen gründen. Nach Lohnseinbußen von bis zu 65 Prozent und angesichts der drohenden Pleite vieler Kliniken wächst gleichzeitig jedoch ihre Bereitschaft auszuwandern. In Zeiten des „Fachkräftemangels“ etwa in Deutschland werden längst gezielt griechische Ärztinnen und Ärzte abgeworben – und damit die medizinische Versorgung in Griechenland weiter geschwächt. „Eigentlich will ich nicht weg“, sagt der junge Mediziner aus Athen. „Aber so geht es nicht mehr weiter. Vielleicht ist Deutschland ja eine Alternative.“ ■

Kirsten Schubert

Projektstichwort

Unsere Referentin für Gesundheit war Ende Februar für medico auf einer Delegationsreise in Griechenland und konnte mit vielen Gesundheitsaktivistinnen und -aktivisten über die Folgen der Krise sprechen. Globale Gesundheit heißt für medico, das Recht auf Gesundheit für alle Menschen an allen Orten zu verteidigen. Unterstützen Sie unsere Öffentlichkeitsarbeit dabei. Stichwort: **Gesundheit**.

Kein Ende in Sicht

Millionen von Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende ver in Syrien wird immer auswegsloser und bedroht den demokratische

Die arabischen Aufstände haben die Trennung zwischen Peripherie und Zentrum erschüttert. Plötzlich konnte jede Peripherie den Status eines Zentrums erlangen. Die vergessene Marginalität der armen ländlichen Räume und vorstädtischen Elendsviertel, ihre scheinbare Zukunfts- und Entwicklungslosigkeit, bedeutete auf einmal, dass die Revolution an den Rändern ausbrach. Wie schon in Tunesien im Herbst 2010, war auch in Syrien der Ausgangspunkt der Rebellion ein Ort an der Peripherie. Was als spontaner Bürgerprotest gegen die Misshandlung von Schulkindern am 15. März 2011 in der Provinzstadt Dar'a begann, einer von tribalen Familienstrukturen und Landwirtschaft dominierten armen Region nahe der jordanischen Grenze, entwickelte sich durch die exzessive Gegengewalt zu einem unverhofften Aufstand breiter, vorwiegend armer und sozial deklassierter Bevölkerungsgruppen, den noch im



Zerstörte Lebenswelten in Aleppo. Nach einem Raketenangriff der syrischen Armee suchen Bewohner de

Frühjahr 2011 niemand für möglich hielt und der angesichts des syrischen Sicherheits- und Gewaltapparats auch in Syrien selbst für kaum vorstellbar gehalten wurde. Aber heute, nach zwei Jahren der Gewalt, steht das syrische Gemeinwesen an einem zivilisatorischen Abgrund.

haftet. Der Bürgerkrieg
n Impuls des Aufstands.



s Stadtteils Ard Al-Hamra in den Häusertrümmern nach Toten und Verletzten.

Allgegenwärtige Flucht

Auslöser der sozialen Rebellion waren unter anderem die Folgen der schweren, auch dem Klimawandel geschuldeten Dürren, die allein 2009 dazu führten, dass 800.000 Familien ihre gesamte

bäuerliche Existenz verloren und in die Städte abwanderten. Der syrische Aufstand richtet sich zugleich gegen die jahrzehntelange Entmündigung durch das Baath-Regime der Assad-Familie. Er hat längst den Charakter eines blutigen Bürgerkriegs angenommen und wird von Seiten des Regimes wie von den unzähligen militärischen Verbänden der Aufständischen mit beispielloser Härte geführt. Der Aufstand hat bislang mindestens 80.000 Menschen das Leben gekostet. Weitere geschätzte 150.000 bis 200.000 Personen sind inhaftiert, von manchen fehlt seit ihrer Verschleppung jedes Lebenszeichen. Die Zahl der Binnenflüchtlinge in Syrien wird auf zwei Millionen geschätzt, hinzukommen weitere vier Millionen, die aufgrund der Zerstörung oder Beschädigung ihrer Stadtviertel und Häuser ebenfalls hilfsbedürftig sind. 2,5 Millionen Menschen sind laut UN-Schätzungen auf direkte, regelmäßige Nahrungsmittellieferungen angewiesen. In den Nachbarländern Libanon, Türkei, Irak und Jordanien haben mittlerweile ebenfalls mindestens eine Million Kriegsflüchtlinge Zuflucht gesucht, Tendenz steigend. Im Februar 2013 verließen nach Angaben des UNHCR täglich mehr als 8.300 Flüchtlinge das Land.

Das syrische Gemeinwesen steht kurz vor dem Zusammenbruch. Die Ernteerträge gingen laut einem UN-Bericht um 50 Prozent zurück, vielerorts sind Bewässerungsanlagen und die staatliche Infrastruktur zerstört. Die Strom- und Wasserversorgung ist in vielen Landesteilen unterbrochen oder besteht nur noch stundenweise. Die Preise für Benzin, Gas zum Kochen und Lebensmittel sind extrem gestiegen. Das früher gut ausgebaute Gesundheitssystem ist faktisch nicht mehr existent. Ganze Regionen des Landes und Stadtviertel, in

denen Rebellenverbände aktiv sind, wurden durch die Straßenkämpfe oder Luftangriffe derart verheert, dass sie gespenstischen Ruinenlandschaften gleichen. Lokale Aktivisten berichten von massiven Menschenrechtsverletzungen durch die syrische Armee, aber auch durch dschihadistische Milizen, zudem häufen sich die Vorfälle von systematischer Zerstörung religiöser Stätten.

Zerstörtes Gemeinwesen

Trotz der Gewaltexzesse der letzten Monate zeigt das syrische Regime noch immer keine substanziellen Auflösungserscheinungen und kann seinen Krieg offenbar noch länger führen. Alle „Nahost-Experten“, die im letzten Jahr den Sturz Assads „innerhalb von Monaten“ voraussagten, sind offenkundig blamiert. Selbst die irrwitzige Vorstellung, dass Präsident Assad im Jahr 2014 in einem Referendum zu seiner Wiederwahl antritt, scheint nicht mehr völlig ausgeschlossen.

Kein Beobachter kann heute seriös beurteilen, wie die wirklichen Mehrheitsverhältnisse im Land aussehen. Es herrscht Krieg, und der Krieg produziert seine eigene Wahrheit – je nach dem, welche Propaganda bevorzugt wird, kann man den unzähligen verwackelten Youtube-Videos der diversen Einheiten der „Freien Syrischen Armee“ glauben, die täglich aufs neue belegen, wie landesweit Armeekonvois oder Stützpunkte des Regimes angegriffen werden, oder man vertraut den Meldungen der staatlichen Nachrichtendienste, die davon berichten wie ehemals aufständische Stadtviertel erfolgreich „von Terroristen gesäubert“ werden. Weil es keine freie und unabhängige Berichterstattung in Syrien gibt, existieren alle diese „Wirklichkeiten“ als

Fragmente einer zerrissenen und vom Krieg gewaltsam kantonisierten Gesellschaft, von der niemand sagen kann, wie und ob sie sich nach dem Sturz des Regimes neu zusammenfinden kann. Denn selbst die Ablehnung des Assad-Regimes ist längst nicht mehr gleichbedeutend mit einer Unterstützung oder Teilnahme am aktuellen Aufstand. Einige der politisch wie militärisch zersplitterten Rebellenverbände haben den ursprünglich überkonfessionellen Charakter des Aufstands längst gekidnappt: Radikalreligiöse islamische Gruppen, diszipliniert, gut bezahlt und militärisch ausgerüstet aus den Golfemiraten, haben an einzelnen Orten wie in Idlib und in Stadtteilen von Aleppo islamisches Recht eingeführt – die laizistische Pseudo-Demokratie der staatlichen Gerichtsbarkeit wurde durch die religiöse „Gerechtigkeit“ der Scharia ersetzt. Der blutige Krieg hat die demokratischen Prinzipien der ursprünglichen Revolution abgenutzt, und die fortgesetzten Kampfhandlungen zementieren die Fragmentierung des Landes entlang ethnisch-konfessioneller Bruchlinien.

Hoffung inmitten der Gewalt

Viele der lokalen unbewaffneten Aktivistinnen und Aktivisten der ersten zwei Jahre sind tot, verhaftet oder im Exil. Und diejenigen, die noch im Land ausharren, versuchen in Nachbarschaftskomitees tägliche Nothilfe für Ausgebombte und Inlandsflüchtlinge zu organisieren, und berichten weiterhin mit ihren Video-Uploads über das alltägliche Grauen. Anderswo versuchen Bürgergruppen in lokaler Selbstorganisation den Zusammenbruch der öffentlichen Stadtverwaltung auszugleichen. Diese zivilen Netzwerke handeln in einem täglichen Niemandsland der Gewalt und versuchen den Traum eines demokrati-

schen Gemeinwesens aufrecht zu halten. Angesichts einer Gewaltspirale, von der niemand sagen kann, wo sie enden wird, scheint sich in Syrien die bittere Erkenntnis zu bestätigen, „dass der Krieg

ein Betrug ist und Blut die Geschichte zwar manchmal vorwärts treibt, aber zu oft nur in Richtung auf noch mehr Barbarei und Elend (Albert Camus)“. ■

Martin Glasenapp

Zwei neue medico-Projektpartner in Syrien

I. PROVINZ HASAKA: Das Bürgerkomitee von Serê Kanîyê

Mitte November 2012 griff der Krieg auch auf die vorwiegend von Kurden besiedelte Provinz Hasaka im Nordosten von Syrien über. Aus der Türkei kommende schwerbewaffnete Verbände der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), unter ihnen eine große Anzahl dschihadistischer und radikalreligiöser Kämpfer aus verschiedenen arabischen Ländern, lieferten sich in der syrisch-kurdischen Grenzstadt Serê Kanîyê (arabisch: Ras al Ain) Gefechte mit lokalen kurdischen Milizen, die im Herbst 2012 im Zuge einer beginnenden kurdischen Selbstverwaltung die Kontrolle über weite Teile der etwa 1,4 Millionen Einwohner zählenden Provinz übernommen hatten. Die Region gilt als ökonomisch unterentwickelt, und die kurdische Bevölkerung wurde jahrzehntelang systematisch diskriminiert. Aktuell leben in der Region zusätzlich 500.000 intern Vertriebene, die aus anderen Regionen Syriens kommen und in den noch relativ sicheren kurdischen Gebieten Schutz suchen. Erst ein Waffenstillstandsabkommen zwischen



Kurdische Flüchtlinge warten auf Hilfe.

Oppositionsgruppen der FSA und den Kurden konnte im Februar 2013 vorerst die Gefahr eines zusätzlichen ethnischen Regionalkriegs abwenden.

In dieser prekären und fragilen Situation der Unsicherheit gründete sich in Serê Kanîyê das lokale Bürgerkomitee Hêwî (Kurdisch: „Hoffnung“). Das ehrenamtliche und parteiunabhängige Komitee, deren Mitglieder bereits zu Beginn der syrischen Proteste erste Demonstrationen organisiert hatten, setzt sich in der 40.000 Einwohner zählenden Grenzstadt für seine Mitbürger ein. Der Kern dieses Bürgerkomitees umfasst ca. 10-15 Aktivistinnen, unter ihnen Rechtsanwälte, Journalisten und Handwerker. Zu Anfang der Kämpfe

registrierte und bestattete das Komitee die Leichen während der Kämpfe getöteter FSA-Kämpfer und Mitglieder des staatlichen Sicherheitsapparates oder der „Shabbiha“-Milizen. Die Komiteemitglieder notierten die Personaldaten oder fotografierten die Gesichter der Toten damit zu einem späteren Zeitpunkt mögliche Angehörige informiert werden können. Sie sorgten dafür, dass die vor den Luftangriffen des Regimes geflohenen Mitarbeiter des städtischen Elektrizitätswerks zurückkehrten und die Stadt wieder an das Stromnetz anschlossen. Später begann Hêwî die Schäden an geplünderten und bombardierten Häusern und Gebäuden zu dokumentieren, legte eine Datenbank über die Kriegsschäden an, sicherte die Akten des Stadtarchivs, um die Familien- und Grundbücher vor einer mutwilligen Zerstörung zu retten. Dann begann das

Komitee, über ein Netzwerk in der Stadt anerkannter und respektierter Persönlichkeiten, ausgebombte und obdachlos gewordene Familien zu versorgen. Darüber hinaus verhandelten sie mit Bäckereien im Umland, um über möglichst große Abnahmekontingente einen niedrigen Brotpreis für die zu verteilenden Nahrungsmittelkörbe zu erzielen. Abdel Halim, Journalist und Mitbegründer des Hêwî-Bürgerkomitees, erklärte im Gespräch mit medico: „Gerade haben die Waffen das Sagen, aber es geht nicht nur um das Heute, sondern auch um unsere Zukunft. Wir brauchen zivile Strukturen für ein besseres Morgen.“ Seit Beginn des Jahres hat Hêwî in Ras Al Ain ein erstes Koordinierungszentrum eingerichtet und unterstützt mit finanzieller Hilfe von medico 600 registrierte Familien mit dem Allernötigsten (Brot, Reis, Babymilch). ■

II. DAMASKUS: Überlebenshilfe im Camp Yarmouk

Die Lager der ca. 500.000 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien liegen zumeist in den Agglomerationsgürteln der größeren Städte Deraa, Hama, Homs und vor allem Damaskus. Es ist jener suburbane Ballungsraum, in dem sich Zehntausende von ehemaligen Bauern niedergelassen haben, die in den letzten Jahren von einer schweren Dürre und dem wirtschaftlichen Niedergang des Agrarsektors vom Land in die Städte gezwungen wurden. Unter dieser verarmten und marginalisierten Bevölke-



Eingang des Yarmouk-Camps.

Foto: Jette

rung war der Aufstand gegen das Assad-Regime von Anfang an populär. Deshalb bekamen die Vorstädte und ihre Bewohner seine blutige Repression besonders

medico ist weiterhin in Kontakt mit syrischen Ärzten, die in provisorischen Notlazaretten verletzte Regimegegner und die Bewohner zerbombter Stadtviertel behandeln.

Mehr als 400.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge haben im Nachbarland Libanon Zuflucht gesucht. Mit Förderung des Auswärtigen Amtes unterstützt medico die libanesische Hilfsorganisation AMEL bei der medizinischen Nothilfe für syrische Flüchtlinge in der nördlichen Beeka-Ebene.

Im Ein-el-Hilweh-Camp, dem größten palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, ermöglicht medico außerdem der Nashet Association die Betreuung und Versorgung palästinensischer Flüchtlinge aus Syrien. Das Spendenstichwort lautet: **Syrien**.

zu spüren. Wie die meisten kleineren palästinensischen Wohnviertel innerhalb der syrischen Städte, ist auch Yamouk im eigentlichen Sinne längst kein Flüchtlingslager mehr. Al-Mukhayyam, das Camp, wie Yamouk in Damaskus auch genannt wird, ist über 50 Jahre gewachsen und besteht aus engen Gassen und oft unverputzten Häusern, denen nachträglich mehrere Geschosse aufgesetzt wurden. Yamouk ist mit mehr als 150.000 palästinensischen Einwohnern das größte palästinensische Lager in Syrien. Im letzten Jahr wurde Yamouk sogar zum Zufluchtsort von Syrern, deren Wohnviertel bombardiert oder durch blutige Kämpfe in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Zugleich kam es immer wieder zu Gefechten zwischen aufständischen Milizen und regimetreuen palästinensischen Einheiten. Am 16. Dezember 2012 bombardierte die Luftwaffe erstmals das Lager, durch den Beschuss einer Moschee kamen zahlreiche Menschen ums Leben. Seitdem sind die Ausfallstraßen von Yamouk durch mehrere Checkpoints der syrischen Armee und loyaler palästinensischer Milizen gesichert.

Die Jafra-Foundation (Jafra) ist eine palästinensische Organisation, die seit Anfang der 2000er Jahre im Yarmouk Camp aktiv ist. Das eigentliche Ziel von Jafra, die sich der alten säkularen palästinensischen Linken zurechnet, ist die gemeindebasierte Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Seitdem die Gewalt auch Yarmouk erreicht hat, sind die Jafra-Aktivisten mit all ihren Möglichkeiten in der akuten Nothilfe und Unterstützung für syrische und palästinensisch-syrische Binnenflüchtlinge engagiert. In ihrem eigenen Zentrum beherbergen sie allein 700-900 Personen. In ihren täglichen Verteilungen erreichen sie darüber hinaus Familien, die in anderen öffentlichen Gebäuden leben. Insgesamt verteilt Jafra zur Zeit mit Unterstützung von medico Lebensmittelkörbe an 1.000 besonders bedürftige syrische Familien, die in Yarmouk Zuflucht suchten. Neben der reinen Verteilung von Nahrungsmitteln versucht Jafra durch Clean-Up-Aktionen (Müllentsorgung) auch den öffentlichen Raum des Lagers mit zivilen Mitteln wieder zu erobern. Hinzukommen Trainingskurse für neue Freiwillige und ein Notschulprogramm für Kinder innersyrischer Flüchtlinge.

Die Arbeit der Jafra-Aktivisten ist alles andere als ungefährlich. In den vergangenen Monaten kamen allein sechs Nothelfer palästinensischer Organisationen im Einsatz ums Leben. Für Hassan Mustapha, wie alle Aktivisten ehrenamtliches Mitglied bei Jafra, ist die nachbarschaftliche Solidarität alternativlos. Trotzdem stellt er verzweifelt fest: „Die Situation wird immer schlimmer. Wir haben nichts in der Hand, weder im Verhältnis zur „Freien Syrischen Armee“ noch zur regulären Armee, um unsere Wohnbezirke sicher zu machen.“ ■

Große Erwartungen

20 Jahre nach Oslo. Eine Momentaufnahme von Tsafrir Cohen

Als am sündhaft teuren Tel Aviver Immobilienstandort Rothschild-Boulevard Tausende im Zelt des medico-Partners Ärzte für Menschenrechte (PHM-Israel) vorbeischaute und über das Recht aller – auch von papierlosen Migranten – auf Gesundheit diskutierten, als Hunderttausende jene Politik der herrschenden Parteien infrage stellten, die innerhalb von drei Dekaden aus einem Wohlfahrtsstaat eine Gesellschaft mit einer US-amerikanisch anmutenden Kluft zwischen arm und reich gemacht hat, keimten bei unseren israelischen Partnern große Erwartungen. Nicht nur sie, sondern viele der Demonstrierenden hofften, dass dieser Protest Israels Gesellschaft neu politisiert. Die Abwicklung des solidarischen Gesundheitssystems könnte vielleicht rückgängig gemacht werden und der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit alle ethnisch-religiösen Grenzen auflösen. Vielleicht würde das endlich den Weg bereiten für eine israelische Politik, die auf einen gerechten Ausgleich mit den Palästinensern ausgerichtet ist.

Gescheiterte Repolitisierung

Doch spätestens mit dem Ausgang der israelischen Wahlen im Februar 2013 erwies sich das hergebrachte politische System als äußerst überlebensfähig. Das gelang mit den üblichen Taktiken. Die Politelite vereinnahmte den Protest mithilfe vorgeheuchelter Sympathiebekundungen für die Forderungen der Demonstranten.



Palästinensisch-israelischer Protest gegen den Siedlungsbau. Das Camp „Ba Wird der palästinensische Hügel „E1“ zum israelischen Siedlungsgebiet, droht

Zum Schein ging man darauf ein und betrieb zunächst eine Kommission. Die letzte Monate später eingehende Ergebnisse vor, als der Elan des Aufruhrs abgeebbt war. Sie verschwanden in der einen oder anderen ministerialen Schublade. Darüber hinaus gelang es der Politelite die sozialen Proteste in eine ressentimentgeladene

Aufwiegelung verschiedener Gruppen gegeneinander umzudeuten und damit die Repolitisierung zu kippen. Zentrales Wahlkampfthema war so nicht die Frage, wie ein gerechtes soziales und wirtschaftliches System aussehen könnte, sondern warum ultraorthodoxe Juden oder die pa-

entgegensetzen. Bis tief ins Lager der Arbeitspartei überwog die Angst, sich dem Vorwurf des Antipatriotismus auszusetzen. Die großen Gewinner der Wahlen waren dann auch die Nationalreligiöse Partei um den Hightech-Multimillionär Naf-tali Bennett, der messianisches, rechts-radikales Gedankengut modern verpackt, sowie eine neue populistische Partei um den feschen Moderator Yair Lapid, die sich antiklerikal und establishmentkritisch geriert, in Realität aber die Interessen einer „weißen“ und mitunter rassistischen Mittelschicht attraktiv zu präsentieren weiß. Er war der entscheidende Protagonist in der Umdeutung der sozialen Frage, und er ist äußerst populär bei den Anhängern der Protestbewegung.

Verdrängung dauert an

Im Windschatten einer Wahl, bei der die existenzielle Frage nach der Besetzung der palästinensischen Gebiete kaum zur Sprache kam, kann der alte und wohl auch neue Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit neoliberaler Wirtschaftspolitik sowie der Verdrängungspolitik der Palästinenser fortfahren.

An seiner Regierung prallt der Protest unseres Partners Adalah, einer Menschenrechtsorganisation aus Haifa, gegen den Praver-Plan ab. Dieser sieht die Zwangsevakuiertion von 70.000 Beduinen – alleamt israelische Staatsbürger – aus ihren angestammten Dörfern in Israels Süden zugunsten von neu zu gründenden Ge-



„al-Shams“ (Tor der Sonne) zwischen Jerusalem und der Siedlung Maale Adumim. t die endgültige Teilung der Westbank in zwei Enklaven.

lästinensische Minderheit im Land nicht in der Armee dienen. Soziale Gerechtigkeit wurde während des Wahlkampfes umge-münzt in „gerechte Lastenaufteilung“.

Dem auf diese Weise militaristisch und patriotisch aufgeladenen Diskurs hatten linke und emanzipatorische Kräfte nichts

meinden, exklusiv für jüdische Israelis, vor. In der besetzten Westbank verhindert Israel weiterhin den Aufbau ziviler Infrastruktur für palästinensische Gemeinden, etwa von Wind- und Solaranlagen der israelischen Comet-ME oder von einfachen Tierställen der palästinensischen Union of Agricultural Work Committees, um die Palästinenser aus großen Teilen der Westbank zu verdrängen. Gleichzeitig wird kräftig an der Infrastruktur für jüdisch-israelische Siedler weitergebaut. Die letzte Entwicklung und Perfektionierung im System der ethnisch-religiösen Segregation ist die Errichtung getrennter öffentlicher Bussysteme – eins für israelische Siedler, das andere für Palästinenser. Bislang hatte das System noch Schlupflöcher und Palästinenser mit Sondergenehmigung beispielsweise konnten das für die Siedler gut ausgebaute Bussystem nutzen. Nun ist es damit vorbei.

Palästina: Frei nur im Gefängnis?

Auf diese Herausforderungen reagiert die palästinensische Gesellschaft hilflos. Im Kampf ums Überleben ist sie selbst in das System verstrickt. Ihre politischen Institutionen sind durch den Dauerzwist zwischen der im Gaza-Streifen regierenden reaktionären Hamas und der Fatah, die über die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) eine Reihe von geografisch miteinander nicht verbundenen Enklaven in der Westbank verwaltet, gelähmt. Beide sind aufgrund ausbleibender Wahlen kaum noch demokratisch legitimiert.

Die PA wurde im Rahmen der Osloer Friedensverträge zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO als Embryo eines künftigen Staates Palästina ins Leben gerufen. Sie ist 20 Jahre später noch immer von Israel völlig abhängig. Israel verlangt von der PA, die

palästinensische Bevölkerung besser zu kontrollieren und seine Sicherheit zu garantieren. Man verlangt die Festnahme von Landsleuten, die verdächtigt werden mit Gewalt gegen Israel vorzugehen. Tut die PA das nicht, so verfügt Israel über eine Reihe von Sanktionsmöglichkeiten, etwa die Zurückhaltung der Steuergelder, die Israel erhebt und der PA weiterleiten soll: bei der Mittelknappheit der PA ein enormes Druckmittel. Denn die Löhne der PA ernähren etwa eine Million Menschen und sichern den Machterhalt der Fatah.

Angesichts dieser Verstrickung sind die palästinensischen Häftlinge in den israelischen Gefängnissen die einzigen, die momentan genug innere Freiheit besitzen, um auf breiter Front den widrigen Verhältnissen zu widerstehen. Seit Jahren demonstrierten zum ersten Mal wieder Zehntausende Palästinenserinnen und Palästinenser in Solidarität mit den hungerstreikenden Häftlingen. Eine Erinnerung daran, dass der gegenwärtige Status quo auf Dauer nicht zu halten ist.

Paradigmenwechsel auch in Berlin

1993, vor 20 Jahren, wurden die Osloer Verträge auf dem Rasen des Weißen Hauses vor der Weltöffentlichkeit geschlossen. Seitdem galt für die westlichen Machteliten die Besatzung als beendet. Nach dieser geradezu doktrinär gewordenen Lesart schien es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Detailfragen in bedingungslosen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien gelöst würden. Zwei Jahrzehnte später muss man von einem großen Scheitern sprechen.

Die asymmetrischen Machtverhältnisse haben dazu geführt, dass Israel die eigene politische Vision – dichtgedrängter

sowie voneinander getrennter palästinensischer Enklaven, die von Israel permanent militärisch, aber auch wirtschaftlich kontrolliert und abhängig sein werden – durchsetzt. In vielen Lobbygesprächen, die medico gemeinsam mit israelischen sowie palästinensischen Partnern im politischen Berlin führte, konnten wir beobachten, dass der Groschen auch dort langsam fiel.

Der Zustimmung für die Analyse folgte anfangs nicht die Zustimmung zu unserer Forderung: Es müssten von außen klare Parameter für einen gerechten Frieden gesetzt werden. Immer wieder trugen wir vor, dass Druck notwendig sei, da die israelische Gesellschaft nicht in der Lage sei, die Besatzung von sich aus zu beenden. Spätestens mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Rabin wurde klar, dass in Israel keiner Wahlen gewinnen kann, der die Kontrolle über die besetzten Gebiete aufgibt. Unsere Analyse besagte, dass nur Druck von außen den Druck der Siedlerbewegung ausgleichen kann. Empathie für Israel müsse mit einer deutlichen Ablehnung der Besatzungspolitik verbunden sein. In internen Gesprächen stießen wir vielfach auf Zustimmung. Doch offiziell wollte in Europa keiner einen Konflikt mit Israel riskieren. Europa zog sich in die bequeme Rolle des Gehilfen der USA zurück.

Gegenwärtig können wir beobachten, dass europäische Akteure angesichts einer handlungsunfähigen US-Regierung an einer eigenen und einheitlichen europäischen

Politik arbeiten. Konsequenterweise durchgehalten könnte sie Druck auf Israel ausüben. 22 europäische Organisationen, darunter medico, haben beispielsweise im Herbst letzten Jahres eine Studie veröffentlicht, die den europäischen Handel mit israelischen Siedlungsprodukten kritisch beleuchtet und nachweist, dass er zur Erhaltung der widerrechtlichen Siedlungen beiträgt. Die Studie wurde in der europäischen Politik sehr positiv aufgenommen. Eine Kennzeichnung der israelischen Siedlungsprodukte scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. So deutlich wie selten sprechen sich Politiker aus Deutschland und Europa gegen die Vertreibung von Palästinensern aus und bezuschussen Projekte, die versuchen diese zu verhindern.

Ob das mehr ist als ein Hoffnungsschimmer auf eine eigenständige europäische Politik bleibt fraglich. Jederzeit muss man damit rechnen, dass die Akteure, von ihrem eigenen Mut erschrocken, zurückrudern. Dann müssen wir unsere Lobbyarbeit für eine differenzierte Politik gegenüber Israel wieder bei Null beginnen. ■

Für Bürgerrechte

Der neue medico-Partner Adalah

Mitglieder der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel genießen alle Bürgerrechte. Die in Haifa beheimatete Adalah (Arabisch für Gerechtigkeit) tritt dafür ein, dass diese Rechte keine leere Formel bleiben, sondern auch in allen Lebensbereichen realisiert werden. Etwa im Gesundheitssektor: In arabischen Gemeinden wird weniger investiert, und die Bewohner haben folglich einen schlechteren Zugang zu Gesundheit. Indem Adalah Sammelklagen und öffentliche Kampagnen initiiert, fördert sie staatsbürgerliches Engagement und zwingt Israels Gesellschaft dazu, sich Fragen der Gerechtigkeit jenseits ethnischer Grenzen zu stellen. Spendenstichwort: **Israel & Palästina**.

Fremd im eigenen Land

Sierra Leone: Abgeschobene kämpfen gegen Vorurteile

Sie fanden sich, weil sie sich wie Fremde fühlen: verloren im eigenen Land, aus dem sie aufgebrochen waren, um dem Grauen des Bürgerkriegs zu entkommen und wohin sie zurückkehren mussten. 40 Sierra Leoner, alles Abgeschobene aus Deutschland, gründeten im Jahr 2011 in Freetown die Selbsthilfegruppe NEAS (Network of Ex-Asylum Seekers Sierra Leone). Kaum einer kehrte freiwillig zurück, fast alle verloren in Deutschland Familien, Freunde und Kinder. Im neuen Sierra Leone waren sie mit Ablehnung und Missgunst konfrontiert: Warum sind sie so arm, wenn sie aus dem reichen Europa zurückkommen? Und überhaupt: warum abgeschoben? Unwissenheit nährt Vorurteile. Dagegen hilft Aufklärung. Ende 2012 trafen sich auf Initiative des medico-Partners NEAS zivilgesellschaftliche Gruppen mit

Regierungsvertretern zum ersten „Forum on Migration and Human Rights“. Thema: Die Komplizenschaft der sierra-leonischen Konsulate in Europa bei „Rückübernahmefällen“. Dazu werden Asylsuchende in Deutschland einer sierra-leonischen Regierungsdelegation vorgeführt, die die Staatsangehörigkeit prüft. Die Kosten dieser „Gegenüberstellungen“ übernimmt der deutsche Abschiebestaat. Entsprechend willfährig wurde „identifiziert“ – Krankheit oder Kinder zählten wenig. Hauptsache weg. Hierüber wird nun in Sierra Leone öffentlich geredet. Im Radio und in Zeitungen macht NEAS auf das Schicksal der Abgeschobenen aufmerksam und sorgt dafür, dass die Zwangsheimkehrer sich irgendwann auch wieder zu Hause fühlen können. ■

Spendenstichwort: Sierra Leone

Die Zukunft der Anderen

Afghanistan: Lokale Kultur der Versöhnung

Afghanistan ist das Kummerland aller Bundeswehrdemokraten. Erst wurde es erobert und wollte befreit werden von der Despotie der radikalreligiösen Taliban. Dann platzte der Traum einer Mission für Demokratie und Menschenrechte. Die Taliban blieben ein tückischer Gegner; die alten, auch in das Macht Netzwerk der Regierung Karzai einge-

bundenen, Warlords interessiert kein sozialer Friede. Keine Aufarbeitung der Alpträume des Bürgerkriegs, dazu Korruption, Drogen- und Waffenhandel. Nun der Abzug. 2014 ist Schluss. Niederlage. Aus einer neuen Bundeswehrrichtlinie sticht ein Satz heraus: „Das Engagement in fragilen Staaten ist mit Risiken verbunden. Rückschläge und Misserfolge sind



AHRDO: Erinnern durch Theater.

sierten Büros der internationalen Demokratien-agenturen. Die Zielgruppe sind Kriegstraumatisierte, Frauen und junge Men-

daher von vornherein einzukalkulieren.“ Und was machen jene in Afghanistan, die nicht abziehen, weil sie von dort herkommen? Sie bleiben. Etwa der medico-Partner AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation) in Kabul, ein Zeitzugen- und Versöhnungsprojekt auf lokaler Ebene. AHRDO organisiert gezielt Begegnungen in den ländlichen Gebieten, fernab der klimati-

schen. Die Methode ist eine spezielle therapeutische Form des Theaters: das Erlebte sich selbst im Spiel vergegenwärtigen, um es bearbeiten und aussprechen zu können. Es geht um Gerechtigkeit und Anerkennung sowie um Aussöhnung und Zukunft. Auch im nächsten Jahr, wenn der Rückzug beginnt. ■

Spendenstichwort: Afghanistan

Duvalier vor Gericht

Haiti: medico-Partner vertritt Angehörige der Opfer

Nach dreimaliger Aufforderung ist der ehemalige haitianische Diktator Duvalier, Baby Doc genannt, wenigstens zur gerichtlichen Anhörung Ende Februar 2013 erschienen. Selbstsicher, arrogant und mit ergrautem Babyface fühlt sich der Mann, der vielfache Verbrechen gegen die Menschheit begangen hat, unangreifbar. Ohnehin wird das von ihm weitergeführte System des Mordens und Folterns nicht Gegenstand eines Prozesses. Die haitianische Justiz ist der Meinung, diese Verbrechen seien verjährt. Nicht verjährt seien hingegen Misswirtschaft und Korruption in seiner Regierungszeit. Deshalb wird er nun möglicherweise angeklagt. Das Nationale Netzwerk für Menschenrechte (RNDDH), das medico seit 2011 unterstützt, vertritt die

Angehörigen und Opfer des politischen Terrors unter Duvalier. Mit immer neuen Dokumentationen über die Verbrechen des Regimes unter Vater und Sohn Duvalier beharren sie auf den Standards internationalen Rechts und der Nichtverjährung von Verbrechen gegen die Menschheit. Aber die Aussichten, dass Duvalier verurteilt wird, sind, so der Direktor des Netzwerks, Pierre Esperance, nicht gut. Im Interview mit medico international zog er eine bittere Bilanz: „Die Mächtigen stehen über dem Gesetz. So hat der Ex-Diktator Duvalier einen Diplomatenpass von der Regierung erhalten und kann sich der Strafe entziehen.“ Das gesamte Interview finden Sie unter www.medico.de/esperance ■

Spendenstichwort: Haiti

Land des stetigen Zusammenbruchs

Unterwegs mit den medico-Partnern, die sich gegen feudalistische Lebensperspektive der Menschen engagieren.

Beim Zwischenstopp in Dubai treffen wir Selvan, medico-Partner aus Sri Lanka. Wir hatten ihn eingeladen, mit uns zusammen nach Pakistan zu reisen, weil sich seine Organisation um ähnliche Probleme kümmert wie medicos Partner dort. In beiden Ländern herrschen bittere Armut und eine verwilderte Gewalt, die aus der kolonialen Vergangenheit und einer kaum aufzulösenden Verquickung von ethnisierte Politik, Religion und mafioser Korruption rührt. In beiden Ländern ist die Armee Staat im Staat. Wie unsere pakistanischen Partner HANDS und SLRC kümmert sich auch Selvans Organisation vor allem um die Rücksiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Am Flughafen der 20-Millionen-Metropole Karatschi begrüßt uns Ghulam Mustafa, bei HANDS für die Rücksiedlungsprogramme für die Überlebenden der Flutkatastrophen 2010/2011 verantwortlich. Mit 1.500 festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist HANDS medicos größter Partner in Pakistan. HANDS arbeitet in 42.000 Dörfern der Provinz Sindh und angrenzenden Gebieten Balutschistans und des Punjab und erreicht dort über 4 Millionen Menschen. Wir machen Selvan und Mustafa miteinander bekannt und wollen erst einmal kurz ins Hotel. Doch Mustafa muss uns absagen: „Wir können nicht in die Stadt. Heute ist ‚Hartal‘, Streik, das Leben steht still.“ Erfunden im Unabhängigkeitskampf, gilt dieser Streik der ganzen Stadt.



Flutüberlebende in einem Notlager des Sindh Labour Relief Committee.

Straßen werden gesperrt, Bazare bleiben zu, auch Schulen, Fabriken, selbst die Garküchen am Straßenrand. Diente ein Hartal früher der Selbstermächtigung der Leute, wird er ihnen heute meist von bewaffneten Gruppen aufgezwungen. Diesmal protestieren religiöse Parteien gegen einen Bombenanschlag, bei dem wenige Tage zuvor mehr als 80 Menschen ermordet wurden. Täter und Opfer waren Muslime, die einen sunnitischen, die anderen schiitischen Glaubens. Selvan ist das

hs

e Strukturen und für eine



nicht neu: „Den Hartal gibt es auch in Sri Lanka, wir benutzen das selbe Wort.“

Nachdem wir den Tag umgeplant und ungewollt in Mustafas' allerdings gastlichem Haus am Stadtrand verbracht haben, machen wir uns abends im Zickzack um die Straßensperren auf den Weg ins Hotel. Endlich, nach langem Flug und ersten heftigen Eindrücken, freue ich mich auf eine Möglichkeit des Rückzugs. Nach einstündiger Fahrt klingelt Mustafas Handy. Ein

kurzer Wortwechsel auf Urdu, dann die Auskunft: „Wir können nicht weiter. Wieder ein Bombenanschlag, das Zentrum ist gesperrt.“ Nichts mit Hotel. Wir übernachten im HANDS-Büro, das zwei Vier-Bett-Schlafräume hat. Der erste Reisetag ist zu Ende, und wir sind schneller als uns lieb war im pakistanischen Alltagsalptraum angekommen.

Land unter

Am Morgen brechen wir nach Matiari auf, einem Distrikt des Sindh. Vor einem Jahr standen HANDS' Rückbildungsprojekte dort noch ganz am Anfang. Das Land war noch immer überschwemmt, die Menschen hausten in Zelten unweit ihrer weggespülten Dörfer. Bis zum Horizont lagen die Felder brach, aus dem Wasser ragten faulige Baumwollhalme. Die Leute waren voller Misstrauen, zogen uns beiseite, klagten, dass nichts geschähe, ihnen zu helfen. Heute kommen wir in Dörfern mit neuen Häusern, werden durch kleine Schulen geführt und zum Haus der „Marvi-Worker“ gebracht, einer Frau, die im Dorf als Hebamme arbeitet und über eine Grundausstattung lebenswichtiger Medikamente verfügt. Überall empfangen uns die Bewohner, begrüßen uns die gewählten Sprecherinnen und Sprecher der örtlichen „Community Based Organisation“ (CBO), einem Genossenschaftsverein, in dem sich die engagierten Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes sammeln.

Selvan freut sich, als er hört, dass alle HANDS-Projekte auf der Kooperation mit solchen CBOs beruhen: in Sri Lanka machen sie das genauso. HANDS wird heute von 3.500 CBOs und 3.500 anderen sozialen Vereinen unterstützt, die sich stets in eine Männer- und eine Frauengruppe gliedern. In ihnen finden Rück- und Neu-

siedler zusammen und stimmen sich untereinander ab; insgesamt organisieren sie über eine Million Freiwillige. HANDS liefert Material und Fachwissen, leitet Verhandlungen mit Behörden und moderiert die Diskussionen zum Wiederaufbau. Die CBO wird gebraucht, damit die Leute ihr Dorf schließlich selbst in Besitz nehmen können, dann, wenn HANDS nur noch besuchsweise vorbeikommt.

Ein Distrikt in Frauenhand

In allen 23 Distrikten des Sindh unterhält HANDS ein Koordinationsbüro. Matiari stellt dabei eine Ausnahme dar, weil hier alle Leitungsposten von Frauen besetzt sind, anders als in den übrigen Distrikten, deren Leitungen männlich dominiert sind. Beim Rundgang durch die Dörfer und eine große Hebammenschule hält sich Selvan stets an die selbstbewusste Chefin des Distrikts, Azra Shakeel Shah, die wir schon aus dem letzten Jahr kennen. Die Frauenmacht im HANDS-Büro beeindruckt ihn ebenso wie das offensichtlich friedliche Zusammenleben von Moslems und Hindus in einem der von HANDS betreuten Dörfer. Abends stecken beide die Köpfe zusammen und besprechen die Einzelheiten eines Austauschprogramms: von medico unterstützt, werden HANDS-Mitarbeiter nach Sri Lanka reisen, Selvans Kolleginnen nach Pakistan.

Bauernbewegung in Sanghar

Am Morgen trennen wir uns, Selvan bleibt in Matiari, wir fahren nach Sanghar. Unser Begleiter ist jetzt Nasir Mansoor vom Sindh Labour Relief Committee (SLRC), einem Zusammenschluss von Gewerkschaftern, Frauenaktivistinnen und linken Studierenden aus Karatschi. Auch sie leisteten Nothilfe und begleiten jetzt mit medico-Unterstützung den Neubau eines



„Industrial 9/11“: Beerdigung der letzten Opfer des großen Brandes vom 11.

Dorfes. Auf Initiative des SLRC haben zehn Familien eine Kooperative gegründet, wollen ihr Land gemeinsam bebauen, das Vieh gemeinsam aufziehen. Mit der Fertigstellung der Häuser, des Gemeindezentrums und des Unterstands für das Vieh hat die Kooperative ihre erste Probe bestanden, jetzt wird es ernst: im März wird das Gras, im Mai der Reis ausgesät, bald kommen zehn Büffel. Ein Kollege des SLRC ist täglich vor Ort, andere kommen einmal pro Woche, auch zur politischen Bildung. Die Kooperative wird Teil des Hari Haqdar Tehreek sein, der Bewegung für die Rechte der Bauern. Deren Mitstreiter haben sich viel vorgenommen: Das Sindh ist in der Hand feudaler Landlords, die Bauern arbeiten auf ihrem Land, zahlen im Frondienst Kredite zurück, die sie aufnehmen mussten, um Saatgut für ihre eigene kleine oder kleinste Landwirtschaft zu kaufen. Auch die Kooperativenbauern sind verschuldet, diskutieren jetzt, ob sie die Schulden einzeln oder gemeinsam abbezahlen. „Diesen Teufelskreis müssen die Bauern auf eigene Faust unterbrechen“, sagt Nasir. „Mit der Hilfe beim Aufbau der Kooperative geben wir ihnen die



09.2012 in den Textilfabriken.

Luft, die sie brauchen, um nicht mehr nur ans Überleben denken zu müssen, sondern auch an ihre Rechte.“

Eine Beerdigung in Karatschi

SLRC-Koordinator Nasir Mansoor ist zugleich Sekretär der National Trade Union Federation (NTUF). Zurück in Karatschi begleiten wir ihn nach Baldia Town, zu den Weltmarktfabriken der Metropole. Alles ist dicht von Staub überzogen, Straßen, Gebäude, Häuser, die wenigen Palmen. Hier wird die Baumwolle verarbeitet, die auf den riesigen Feldern der Landlords des Sindh wächst.

Heute findet in Baldia eine ganz eigenartige Beerdigung statt. Bestattet werden 17 Leichname, deren Namen niemand kennt. Die Gräber tragen eine polizeiliche Kennziffer, sie bergen die letzten Toten des Brandes vom 11.09.2012. An diesem Tag starben über 300 Menschen,

eingeschlossen hinter den vergitterten Fenstern und verriegelten Toren der Textilfabrik Ali Enterprises. Die Menschen in Karatschi nennen diesen Horrortag den „Industrial 9/11“. Seine Opfer verbrannten auf deutsche Rechnung: 90% der bei Ali Enterprises fabrizierten Textilien gingen an den westfälischen Discounter Kik. Wir erschrecken zusätzlich, als wir hören, dass die Zahl der Vermissten noch einmal höher liegt als die der nicht identifizierten Leichname. Zum Nachdenken aber bleibt keine Zeit, gleich nach der Feier drängt Nasir zum Aufbruch. Baldia ist eine unsichere Gegend, in deren Straßen Talibankommandos und Gangs aus Balutschistan um die Vorherrschaft kämpfen. „Angesichts der pakistanischen Verhältnisse“, sagt Nasir, „denken Europäer oft, dass das unmöglich so weiter gehen kann. Doch der anhaltende Zusammenbruch dieses Landes ist Teil einer in sich stabilen Ordnung, die den Landlords, der Armee, der politischen Kaste und den Auftraggebern der Weltmarktfabriken freie Hand lässt, wenn sie sich mit der Mafia und den Taliban arrangieren. Das alles kann sehr lange dauern“. ■

Thomas Seibert

 www.medico.de/hoeren

Projektstichwort

Nach Abschluss der ersten beiden Programme realisiert HANDS jetzt die Projekte des dritten Rückbildungsprogramms. Das SLRC unterstützt die Bauernbewegung des Hari Haqdar Tehreek. Die NTUF begleitet den Prozess gegen die Besitzer der Todesfabrik Ali Enterprises und die Verhandlungen mit Kik um die Höhe der Entschädigung. Die Forschungs-NGO PILER dokumentiert das Schicksal der Flutopfer, das Versagen des Staates und die Forderungen der Überlebenden. Stichwort: **Pakistan**.

Ein historischer Prozess

Zum ersten Mal könnte mit Rios Montt ein ehemaliger Diktator im eigenen Land verurteilt werden.

Guatemala könnte in diesen Monaten Geschichte schreiben. Denn zum ersten Mal in der internationalen Justizgeschichte steht mit dem ehemaligen Diktator Rios Montt ein Staatschef wegen Verbrechen gegen die Menschheit vor einem heimischen Gericht. Ende Januar 2013 wurde das Verfahren gegen Montt zugelassen. Was gegen den chilenischen Diktator Pinochet trotz weltweiter Verachtung nicht glückte, gelingt vielleicht in Guatemala dank der beharrlichen Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, Anwälten, Überlebenden, Angehörigen der Opfer und Aktivisten.

Die Verbrechen, derer Rios Montt angeklagt ist, sind unbeschreiblich. In den 17 Monaten seiner Herrschaft zwischen 1982 und 1983 kamen 20.000 Menschen in 300 Massakern, die von der Armee durchgeführt wurden, ums Leben. Zum Prozessauftakt wurden die Namen von 1.771 Menschen verlesen, derer Ermordung Rios Montt angeklagt ist. Name für Name. Aus Zahlen wurden Personen. Und das in aller Öffentlichkeit. Darüber hinaus wird er der systematischen Vernichtung der Maya-Bevölkerungsgruppe der Ixil angeklagt. Damit sitzt der rassistische Massenmord exemplarisch auf der Anklagebank. Im 30 Jahre währenden guatemaltekischen Bürgerkrieg haben Armee und Paramilitärs Verbrechen in einem Ausmaß begangen, dem der Völkerrechtler Chris-

tian Tomuschat in einer UN-Untersuchung „genozidale Züge“ bescheinigte. Denn neben der schonungslosen Ermordung von politischen Gegnern gehörte die systematische Auslöschung ganzer indigener Dörfer und Gemeinschaften zu den charakteristischen Merkmalen dieser Jahre. Die weiße Oberschicht pflegt bis heute ihren rassistischen Dünkel und bestreitet überwiegend sogar die gesicherten Tatsachen der Ereignisse. Die systematische Straflosigkeit bestärkt sie in dieser Wahrnehmung. Das erlaubt ihr bis heute über die Rechte insbesondere der indigenen Bevölkerung einfach hinwegzugehen, wenn es ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen betrifft. Auch deshalb ist der Prozess gegen Rios Montt ein historisches Ereignis.

Seit fast 20 Jahren kämpfen guatemaltekische Menschenrechtler darum, dass solche Prozesse stattfinden. Viele Jahre war das ein einsames, scheinbar aussichtsloses und immer gefährliches Unterfangen. Aber in den vergangenen acht Jahren hat sich etwas fundamental geändert. Der deutsche Jurist Michael Mörth, der seit vielen Jahren guatemaltekische Menschenrechtsaktivisten in dieser Arbeit unterstützt, sieht den Wendepunkt dieser Arbeit in dem zufälligen Auffinden des guatemaltekischen Polizeiarchivs. „2005 haben wir das geheime Polizeiarchiv gefunden. Damit waren 80 Millionen kleine Ord-



Protest und Gedenken an die „Verschundenen“ am Tag der Anhörung von Rios Montt, Januar 2013.

ner, Polizeidokumente von 1882 bis 1997, in unabhängiger Hand“, so Mörth. Ein großer Teil betreffe die Jahre der schlimmsten Gewalt von 1975 bis 1985. Die Dokumente sind in mühevoller Kleinarbeit digitalisiert worden. Sicherheitskopien lagern außerhalb von Guatemala. Die Wahrheit über die Zeit kann nicht mehr vertuscht oder gar vernichtet werden. (Ein ausführliches Interview mit Michael Mörth finden Sie unter: www.medico.de/moerth)

Seit 2010 gibt es eine neue Generalstaatsanwältin, die seither mit der Unterstützung des Interamerikanischen Gerichtshofes im Rücken die Prozesse gegen Rios Montt und seine Schergen vorantreibt. Sie gelangte auf diesen Posten, da ihrem Vorgänger Conrado Reyes, der vom Parlament in All-Parteien-Koalition ausgekungelt worden war, mithilfe des Polizeiarchivs eigene Verwicklungen in Verbrechen der Bürgerkriegszeit nachgewiesen werden konnten. So endete dessen Amtszeit bereits nach nur wenigen Tagen. (siehe dazu auch www.medico.de/polizeiarchiv). Aber nichts ist sicher in Guatemala. Der neu gewählte Präsident General Perez Molina verkündete bei seinem Amtsantritt

2012, er strebe eine Generalamnestie für alle Bürgerkriegsverbrechen an. Perez Molina hat dafür durchaus persönliche Gründe. Auch er war zu Zeiten des Bürgerkriegs aktiver Militär, und es gibt Hinweise, dass er tief in die Ermordung von Bischof Gerardi verstrickt ist. Gerardi hatte die erste Untersuchungskommission zu den Verbrechen des Bürgerkrieges geleitet und war 1998, zwei Tage nach Veröffentlichung des Berichts „Guatemala, Nunca Más“, vor dem Pfarrhaus ermordet worden. Bis heute sind die Hintermänner dieses Verbrechens nicht verurteilt, im Zuge seiner Aufklärung kamen erstaunlich viele Menschen, die sich in der Umgebung des Tatorts aufhielten, auf ungeklärte Weise ums Leben. Staatsanwälte und Ermittlungsrichter, die sich um die Aufklärung bemühten, wurden abgesetzt und mussten ins Exil flüchten. ■

Projektstichwort

Ein medico-Arbeitsschwerpunkt in Guatemala ist seit vielen Jahren die juristische und psychosoziale Unterstützung bei der Aufarbeitung der Verbrechen aus den Zeiten des Bürgerkrieges. So unterstützen wir seit 2011 die Arbeit des Anwaltsbüros für Menschenrechte, in dem auch Michael Mörth tätig ist. Es vertritt die Opfer als Nebenkläger in 80 Prozent der anhängigen Verfahren gegen Militärs. Diese Arbeit braucht dringend Unterstützung, auch weil es jetzt darum geht, die Chance für Verurteilungen der schlimmsten Verbrechen zu nutzen. Das Projektstichwort lautet: **Guatemala.**

Unterlassene Hilfeleistung

Ein Siebtel der Menschheit ist unterernährt und hungert. Jean Ziegler nennt die Verantwortlichen – ein Interview



Der Schweizer Soziologe, Politiker und Buchautor Jean Ziegler gehört zu den bekanntesten Kritikern der neoliberalen Globalisierung. Bis 2008 war er UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Es gibt zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit objektiv keinen Mangel an Nahrungsmitteln. Deshalb sage ich, dass ein Kind, das an Hunger stirbt, ermordet wird. Wir sind nicht die Täter, aber solange wir nichts unternehmen und zusehen, sind wir Komplizen.

Sie sprechen in ihrem jüngsten Buch „Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der dritten Welt“ von Hunger als einem organisierten Verbrechen. Sie benutzen Worte wie Massaker und Massenvernichtung. Wer sind die Täter?

Jean Ziegler: Täter sind die, die den Weltmarkt für Nahrungsmittel beherrschen. Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind. Letztes Jahr sind 57.000 Menschen täglich an Hunger und Unterernährung gestorben. Fast eine Milliarde von sieben Milliarden Menschen sind permanent unterernährt. Das sind Zahlen aus dem Welternährungsbericht der FAO. In dem selben Bericht heißt es, dass die Weltlandwirtschaft problemlos

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten strukturellen Mechanismen, die verhindern, dass das Hungerproblem gelöst wird?

85 Prozent der weltweit gehandelten Nahrungsmittel werden von 10 Lebensmittelkonzernen kontrolliert. Darunter Nestlé, Cargill, Dreyfus. Cargill kontrolliert 31,8 Prozent allen gehandelten Getreides, Dreyfus 32 Prozent allen gehandelten Reises. Diese Firmen entscheiden durch ihre Marktmacht, wer hungert und stirbt, wer isst und lebt. Eine weitere Ursache für den Hunger ist die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel. Nach Ausbruch der Bankenkrise haben Hedgefonds und Großbanken sich auf die Rohstoffbörsen und da insbesondere



auf die Nahrungsmittelbörsen begeben. Das hat dazu geführt, dass Preise für Grundnahrungsmittel explodiert sind. Und nun kommen noch die Agrartreibstoffe hinzu. Im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Staaten 130 Millionen Tonnen Mais und mehrere Hundert Millionen Tonnen Getreide als Agrartreibstoff verbrannt. Wenn alle 5 Sekunden ein Kind an Hungerfolgen stirbt, dann ist das Verbrennen von Nahrungsmitteln ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Worin sehen Sie politische Handlungsmöglichkeiten, denn juristisch sind die Täter kaum zu belangen?

Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Deutschland ist die lebendigste Demokratie des europäischen Kontinents und die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Morgen früh könnte der deutsche Bundestag die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel verbieten, wenn der Aufstand des Gewissens käme.

Manche wenden ein, dass die Agrarspekulation nichts mit dem Hunger in der Welt zu tun habe, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei. Stimmt diese Argumentation?

Der Waren-Termin-Kontrakt hat ein spekulatives Element, ist legitim und nötig. Ein Großproduzent von Getreide in Argentinien und eine Großbäckerei in New York kommen zusammen durch einen Waren-Termin-Kontrakt. Sie legen auf

ein bestimmtes Datum hin einen Preis fest. Der Preis ist natürlich spekulativ, weil er eine Projektion in die Zukunft ist. Aber er dient einem wirtschaftlich legitimen Interesse. Bei der Börsenspekulation handelt es sich um etwas ganz anderes. Die Hedgefonds kaufen Waren-Termin-Geschäfte auf, die dann zu autonomen Wertpapieren werden. Sie werden Hunderte Male wieder verkauft, verpfändet etc. So, wie jedes andere Wertpapier an der Börse. Sie produzieren nie eine Ware und sie liefern nie eine. Sie haben keine wirtschaftliche Legitimation. Im Juli 2012 lag der reine Spekulationsgewinn bei Reis, Getreide und Mais bei 37 Prozent. Das ist eine Berechnung des Chefökonom der UNCTAD, Heiner Flaßbeck. Er hat für die UNO ein Modell ausgearbeitet, das morgen früh zu verwirklichen wäre. Es schließt alle Akteure vom Agrarrohstoffmarkt aus, die nicht verbrauchen und die nicht produzieren.

In Ihrem jüngsten Buch ist auch von Alternativen die Rede. Sie sprechen nach wie vor von der Notwendigkeit der Landreform und erwähnen auch die Weltbank, die marktgestützte Landreformen fördert. Hat die Weltbank aus der Vergangenheit gelernt?

Die Weltbank hat etwas gelernt, weil sie bis vor kurzem vor allem Industrieinfrastrukturen gefördert hat. Staudämme, Erdölförderung etc. Die Subsistenzlandwirtschaft vernachlässigte sie komplett, weil diese im kapitalistischen Sinn nicht



rentabel ist. Mittlerweile vergibt die Weltbank Kredite für kleinbäuerliche Landwirtschaft und ländliche Kooperativen: für Saatgut, Bewässerungsanlagen etc. Darin liegt ein Fortschritt. Aber es gibt auch einen großen Rückschritt. Denn die Weltbank fördert mit Krediten ebenfalls das weltweite Landgrabbing. Die Argumentation der Weltbank ist dabei pervers. Sie verdreht richtige Erkenntnisse zu falschen Schlussfolgerungen. Die Bauern in Niger, Mali und in anderen Ländern hätten eine zu niedrige Produktivität. Deshalb müssen

ausländische Investoren Kapital und Know-how bringen. Mit dieser Begründung finanzieren die Weltbank, die Europäische Investitionsbank und die Afrikanische Entwicklungsbank diese zwangsweise Landnahme durch Hedgefonds, multinationale Gesellschaften, usw. Und so geschieht die Vertreibung der ländlichen Bevölkerung. Damit einher geht die Zerstörung der Menschen, Familien und Kulturen. Das Produktivitätsargument stimmt. Aber der afrikanische Bauer ist nicht weniger arbeitsam oder kompetent als der deutsche Bauer. Er verfügt praktisch über keine Bewässerung. Südlich der Sahara bis zum Kap der Guten Hoffnung werden nur drei Prozent der Nutzfläche künstlich bewässert. Der Rest ist Regenlandwirtschaft wie vor eintausend Jahren. Weder die Bauern selbst noch die Regierungen haben die Mittel, Bewässerungssysteme zu errichten. Es gibt nur 240.000 Zugtiere, 80.000 Traktoren, wenig animalischen und keinen minerali-



schen Dünger im subsaharischen Afrika. Die Staaten haben aufgrund der Auslandsverschuldung keine Mittel, um die Familienlandwirtschaft zu fördern. Unabhängig davon, wie diese Regierungen regieren, allein deshalb ist objektiv keine Investition in die Subsistenzlandwirtschaft möglich. Die Schlussfolgerung müsste also sein: Entschuldung und massive Investition in afrikanische sowie südasiatische und lateinamerikanische Subsistenzlandwirtschaft. Dann würde die einheimische Produktivität rasant steigen.

Es heißt angesichts der hohen Rohstoffpreise, dass das afrikanische Jahrhundert vor der Tür steht. Sehen Sie darin eine Chance?

Die hohen Rohstoffpreise lösen nicht das Hungerproblem. In Afrika sind laut FAO 35,2 Prozent der Bevölkerung permanent unterernährt. Der Run auf Rohstoff-

Dürre im Überfluss. Nigrischer Bauer zeigt vertrockneten Mais.



picture alliance / gpa

fe, auch ausgelöst durch die ökonomische Entwicklung der Schwellenländer, schlägt sich statistisch im BIP vieler afrikanischer Staaten als Wachstumszahl nieder. Das Hungerproblem hingegen kann nur mit der Entwicklung der Familienlandwirtschaft gelöst werden.

Sie führen in Ihrem Buch das Beispiel Niger an.

Laut den UN-Statistiken ist Niger das zweitärmste Land der

Welt. Niger hat über 1 Million Quadratkilometer und 10 Millionen Einwohner. Ein wunderbares Land mit uralten Kulturen. Hier siedeln die Haussa, die Djerma, die Tuareg, die Peulh. Niger verfügt über die zweitgrößten Uranreserven der Welt. Diese Uranminen werden ausschließlich vom französischen Energieunternehmen Areva, das eine staatliche Aktienmehrheit hat, ausgebeutet. Die Minen sind für Frankreich von strategischer Bedeutung, denn 62 Prozent der Energie kommen aus Atommeilern. Niemand in Niger kennt die Verträge mit Areva. Greenpeace hat versucht, per Prozess Einsicht in die Konzession zu erlangen. Das ist bislang nicht geglückt. Das Uran wird zu niedrigsten Preisen abgegeben. Gleichzeitig wird Niger immer wieder von Hungersnöten heimgesucht. Von den Rohstoffeinnahmen haben die Menschen nichts. Niger wurde durch Weltbank und IWF zur totalen Liberalisierung gezwungen. Dazu gehört die Auflösung des

staatlichen Veterinäramtes, was bei vielen Menschen, die von der Viehzucht abhängig sind, katastrophale Folgen hatte. Nun geht eine Machbarkeitsstudie der Weltbank davon aus, dass man durch Kapilarbewässerung 440.000 Hektar Land zusätzlich für Agrarwirtschaft nutzbar machen könnte. Auf diesen riesigen Landmengen könnten drei Ernten im Jahr stattfinden. Bis jetzt werden nur 4 Prozent des nationalen Territoriums landwirtschaftlich genutzt. Wenn man diese zusätzlichen 440.000 Hektar durch Bewässerungssysteme urbar machen würde, wäre die Bevölkerung des Niger, selbst angesichts der Klimakatastrophe oder Heuschreckenplagen, gerüstet. Es gäbe nie mehr einen Hungersnot. Das würde etwa 1,2 Milliarden Dollar kosten. Der zweitgrößte Uranproduzent der Welt hat nicht einen Cent, um dieses Projekt umzusetzen. In Niger herrscht die Areva wie ein Kolonialherr im 19. Jahrhundert.

Aber doch mit Unterstützung der nigerischen Politiker?

Was heißt mit Unterstützung? Der jetzige Präsident ist ein ehemaliger Angestellter von Areva. Vorher gab es einen Militärdiktator. Der empfing den chinesischen Bergbauminister. Daraufhin stürzte ihn der französische Geheimdienst. Der französische Geheimdienst übt die totale Kontrolle über die Regierung in Niger aus. Warum hat Präsident Hollande am 11. Januar 2013 die Intervention in Mali angefangen. Die Beseitigung der Jihadisten, die furchtbar sind, ist nur ein Grund. Aber hinzu kommen noch andere Interessen. Areva hat den Zugriff auf die Uranvorkommen in Südmali. Frankreich sah den Zugriff auf das Uran und damit die eigene Energieversorgung gefährdet, wenn die Jihadisten in Mali die Oberhand gewonnen hätten. Ich halte die In-

tervention in Mali für einen Rohstoffkrieg. Auch wenn er mit der Bekämpfung der Islamisten, die eine Plage der Menschheit sind, eine Legitimität hat. Aber jetzt müsste Hollande im zweiten Schritt mit sozialen Maßnahmen beweisen, dass er ein Interesse an eigenständiger sozialer und ökonomischer Entwicklung der Region hat. Er müsste dafür Sorge tragen, dass Mali und Niger die Souveränität über ihre Rohstoffe zurück erhalten. Um die sozialen Probleme solcher Länder wie Mali und Niger zu lösen, müsste eine zweite Entkolonialisierung stattfinden, die sich an den Zugriffsrechten auf die Rohstoffe entscheidet. Da wird Frankreich aber wohl kaum von seiner Vormachtstellung abrücken. Denn da würde der Strompreis in Frankreich steigen.

Sie halten die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für den Schlüssel zur Lösung des Hungerproblems. Die linksliberale Regierung in Brasilien hat hingegen auf Extraeinahmen aus dem Agrarhandel gesetzt und finanziert sehr erfolgreich Sozialprogramme, die Millionen Menschen aus der Armut geholt haben.

Ich halte den brasilianischen Weg für falsch. 90 Millionen Hektar Land sind in Brasilien im Besitz von 2 Prozent der Bevölkerung. An einer Landreform führt kein Weg vorbei. Seit der Unabhängigkeit Brasiliens hat es keine Landreform gegeben. Mit der Rückkehr der Zuckerrohrplantagen für die Produktion von Bio-Ethanol (Brasilien ist der zweitgrößte Bio-Ethanolproduzent der Welt) ist die Landkonzentration sogar noch gestiegen. Das Lula-Modell kann nur funktionieren, wenn der Staat

mit seinen Exportüberschüssen und einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6 bis 7 Prozent genügend Lebensmittel importieren und subventionieren kann. Der Punkt kann doch sehr schnell kommen, dass das BIP nicht mehr so stark wächst oder die Exportüberschüsse sinken, dann bricht das Modell zusammen. Ohne eine Strukturänderung kann es keine nachhaltige Bekämpfung der Armut geben. Und Strukturänderung heißt hier Landreform. Lula sprach bei seiner Wahl von Sofortmaßnahmen, um das Elend zu bekämpfen. Aber aus den Sofortmaßnahmen ist eine strukturelle Politik geworden und das kritisiert die Landlosenbewegung MST zu recht als eine gefährliche Politik. Denn nur der Familienbetrieb mit gesichertem Landbesitz kann die Nahrungsmittelsouveränität Brasiliens garantieren. ■

Das Interview führte Katja Maurer

Jean Zieglers jüngstes Buch heißt „Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der dritten Welt“ und ist 2012 bei Bertelsmann erschienen.

Projektstichwort

Mit Essen spielt man nicht – so heißt eine Kampagne, die medico gemeinsam mit attac, foodwatch, Miseor und vielen anderen Organisationen im vergangenen Jahr begonnen hat, um gegen Nahrungsmittelspekulation zu protestieren. Tausende haben unterschrieben. Die Unterschriften werden Finanzminister Schäuble übergeben, bevor er zur Tagung des Internationalen Währungsfonds fährt. Sie unterstützen diese Arbeiten von medico genauso wie beispielsweise Projekte der brasilianischen Landlosenbewegung MST, wenn Sie ungebunden und zweckfrei Spenden. Das Stichwort dafür lautet: **medico international.**

SAVE THE DATE!

Kongress

Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit.

24.-26. Mai 2013, TU Berlin

medico international engagiert sich in der Kampagne „Umfairteilen“, um auf die globale Dimension ungerechter Verteilung aufmerksam zu machen. Die Kampagne Umfairteilen fordert, Reichtum in Deutschland und weltweit zu besteuern und die Einnahmen gerecht zu verteilen.

Vom 24. bis 26. Mai veranstaltet die Kampagne einen Kongress unter dem Titel „Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit.“. Organisiert wird er von einem Bündnis aus Gewerkschaften, Stiftungen, NGOs und sozialen Bewegungen. Auch medico ist mit dabei. Wir veranstalten eine eigene Arbeitsgruppe und stellen Redner in den großen Debatten.

Mit dabei sind u.a.: Richard Wilkinson, Mitautor des Buches Gleichheit ist Glück, Zehra Khan, pakistanische Gewerkschafterin, Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, Brian Ashley, Autor und Aktivist aus Südafrika.

Weitere Informationen unter www.medico.de/umfairteilen

UMVERTEILEN. 
MACHT. 
GERECHTIGKEIT. 


Die Stadt der Blockierten

Zehntausende Migranten warten im mauretanischen Nouadhibou auf

Früher war das Meer ein Weg der Hoffnung: Die auf halber Strecke zwischen Westafrika und dem Maghreb am Atlantik gelegene mauretanische Hafenstadt Nouadhibou galt – nachdem Marokko alle Grenzen, auch die der besetzten Westsahara, auf Druck Spaniens und der EU geschlossen hatte – für einige Jahre als günstiger Starthafen all jener afrikanischen Boat-People, die ihre Zukunft in der Flucht nach Europa suchten. Aber die Passage ist geschlossen. Seit 2006 patrouillierten bis vor Kurzem spanische Abfangboote und Spähhelikopter zwischen den Kanarischen Inseln und Nouadhibou. All diejenigen, die eigentlich nach Hoffnung strebten, versuchen heute als Billigarbeitskräfte in einem Land zu überleben, das als eines der ärmsten der Welt gilt. Allein in Nouadhibou mit seinen 100.000 Einwohnern leben mindestens 10.000 bis 20.000 Migranten. Stephan Dünwald besuchte für medico international jene Unglückseligen im immerwährenden Transit.



Leben im erzwungenen Transit: Migrantenviertel in Nouadhibou.

Kebba lacht: „Wir Afrikaner beten, dass Europa explodiert! Es ist dieses Europa, das den Afrikanern alle Probleme beschert.“ Wir sitzen in einem dämmrigen kleinen Zimmer in einem Hinterhof der Altstadt von Nouadhibou. Früher standen in diesen Innenhöfen die Wohnzelte der Mauren. Mit der Zunahme der Einwanderung nach Nouadhibou bauten die Besitzer ihre Innenhöfe zu, vermie-

eine Überfahrt nach Europa.



Foto: Reuters

ten die Zimmer teuer an Migranten, und errichteten sich stattliche Anwesen außerhalb des Zentrums. Heute ist Nouadhibous Zentrum mehrheitlich von Migranten bewohnt; sie arbeiten in der Fischerei, für die Bergbaugesellschaft oder auf dem Bau. „Viele wollten nach Europa. Viele wollen es immer noch“, sagt Kebba und blickt mich provozierend an. Kebba ist seit 1992 in Nouadhibou, da war er 18 oder 19

– und auf der Durchreise. Vier Mal hat er vergeblich versucht nach Europa zu gelangen. Anfangs versteckte er sich in den Frachträumen der Schiffe, seit dem Jahr 2000 versuchten die ersten mit Fischerbooten auf die Kanaren zu fahren. „Wir fürchten uns nicht vor dem Meer. Wir wissen, dass es gefährlich ist.“ Lange aber habe es keinen mehr gegeben, der die Kontrollen überwinden konnte. Auch wenn Europa für viele noch Anziehungskraft besitzt, so ist es doch in weite Ferne gerückt. Früher, ohne die Europäische Union, meint Kebba, sei es einfacher gewesen. „Aber das ist vorbei. Von Nouadhibou kommt niemand mehr weg.“

Erfolgreiche Menschenjagd

Kebba fasst damit das Ergebnis der spanisch-europäischen Grenzpolitik in Mauretanien präzise zusammen. 2006 war Nouadhibou ein Hotspot der Transitmigration auf die Kanarischen Inseln. Hunderte schifften sich Nacht für Nacht auf langen hölzernen Booten ein, mehr als 30.000 erreichten allein 2006 die Inseln, ungezählte andere ertranken oder verdursteten auf See. Spanien und die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX brachten viele Boote auf, aber erst als die spanische Gendarmerie in Nouadhibou zusammen mit mauretanischen Spähern den Hafen und die Küste überwachte, wurden die Boote endgültig gestoppt, die Gefangenen in einer umgebauten Schule interniert und nach Mali und Senegal abgeschoben. Der internationale Kampf gegen die sogenannte „irreguläre Migration“ wurde zumindest in Nouadhibou gewonnen. An Land machte eine schwarz uniformierte Sondereinheit der Gendarmerie in den dichtbevölkerten Vierteln der Altstadt und des Hafens Jagd auf die Transitmigranten. Es wurde verhaftet, geschlagen und in die

Wüste abgeschoben. Und es traf auch jene Zugezogene, die seit langem in Nouadhibou leben und arbeiten. Heute gibt es keine nennenswerte irreguläre Transmigration von Mauretania nach Europa mehr. Auch das spanische Rote Kreuz, das mit spanischen Entwicklungshilfegeldern dem Internierungslager der Migranten eine humanitäre Note gab, ist längst wieder abgezogen.

Gefangen zwischen Meer und Wüste

Pierre ist nicht von Haus aus arm. In seinem früheren Leben war er in Ruanda Bürgermeister einer Kleinstadt. Er zeigt mir Fotos, die ihn in Anzug und Schärpe bei einer Hochzeit und bei einer Parteiveranstaltung zeigen. Er war sogar schon einmal in Rheinland-Pfalz, in einem Ort, der eine Städtepartnerschaft mit seiner Stadt pflegt. Plötzlich jedoch geriet er ins Visier von Kagames Schergen, musste fliehen. Seine Familie brachte er im Nachbarland in Sicherheit, er floh über Kamerun und Nigeria schließlich nach Mauretania, immer in Angst vor dem langen Arm des ruandischen Präsidenten. In Nouadhibou musste er feststellen, dass kein Weg mehr weiter führt. Geld hat er auch keins mehr. Seit ein paar Monaten wohnt er nun in einem kleinen Zimmer der Mission von Pater Jérôme. Der hat ihm einen kleinen Lastwagen zur Verfügung gestellt, um Transporte anzubieten. Pierre ist ihm dankbar für diese Chance, doch bisher hat er nur Diesel verfahren, ohne etwas zu verdienen.

Das Verhältnis zwischen Mauren und subsaharischen Migranten ist schwierig. Mauretania hat seine Geschichte als Sklavenhaltergesellschaft noch nicht über-

wunden. Die Migranten, die schon seit der französischen Kolonialzeit als dringend benötigte Arbeitskräfte ins Land geholt wurden, werden weiterhin diskriminiert. Offene Xenophobie ist bei Sicherheitskräften und in der Bevölkerung alltäglich.

Pierre ist doppelt gefährdet, als Schwarzer wie als Christ. Ohne die Unterstützung der Mission wüsste er nicht, was er tun sollte. Er hat zwar einen Flüchtlingspass des UNHCR, aber der hilft ihm nicht viel. Nur



Foto: medico

Nach EU-Vorgabe: Elektronischer Flüchtlingspass.

einmal, bei der letzten großen Razzia im April 2012, war er nützlich. Pierre wurde zwar mit anderen zusammengetrieben und eingesperrt, doch am Abend wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, sogar entschuldigt habe die Polizei sich. Doch was nützt es frei zu sein, wenn man nicht einmal das tägliche Essen bezahlen kann? Pierre will weiter nach Norden, nach Marokko. Doch erst mal sitzt er hier fest.



fektioniert, die in erster Linie auf Kontrolle und Strafen basiert. Migranten sind besonders von der vorgeschriebenen Erfassung biometrischer Daten betroffen, von denen die Erteilung von Aufenthaltspapier und Arbeitserlaubnis abhängt. Das bestätigt auch Justina, Oberhaupt der nigerianischen Community. „Früher klopfen sie bei Passkontrollen an, heute treten sie sofort die Türen ein.“ Wir sitzen auf dem Hof der katholischen Mission, die der Ankerpunkt ist für die Christen, aber auch für andere Migranten in Nouadhibou. Früher habe man sich häufiger getroffen, heute haben viele nur noch Angst und meiden die Straßen. Die Mission von Père Jérôme bietet allen

Migranten eine medizinische Behandlung an, die sonst für viele nicht bezahlbar wäre. Überlebensnotwendige Hilfen in einer Stadt, die zur Sackgasse all derer wurde, die gar nicht bleiben wollten. ■

Der Anthropologe Stephan Dünwald arbeitet für medico an der im Laufe des Jahres 2013 erscheinenden Gemeinschaftsstudie „Analyse der EU-Migrationspolitik und ihre Auswirkung auf Drittstaaten“ (Hrsg.: Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Pro Asyl und medico).

Zivilgesellschaftlicher Beistand

Die einzige mauretische Organisation, die sich in dieser Situation für die Rechte der Migranten einsetzt, ist die Menschenrechtsorganisation AMDH. Regelmäßig intervenieren die Rechtsanwälte des langjährigen medico-Partners bei Konflikten mit Behörden, oder befreien willkürlich Verhaftete aus dem Gefängnis. Maïtre Niang ist von dem Sinn dieses kostenlosen Rechtsbeistandes tief überzeugt:

„Die Vertreter des Rechtssystems wundern sich jedes Mal, wenn ein Rechtsanwalt auftaucht, der sich für die Rechte von Migranten interessiert – für Menschen also, die nicht von hier sind und in der Regel kein Geld haben.“ Mit Hilfe der Europäischen Union hat Mauretanien eine Migrationspolitik kon-

Projektstichwort

Mauretanien hat seine Aufgabe in der Migrationsbekämpfung für die EU erfüllt und ist durch die Schließung der See- und Landesgrenzen ein Land der Blockierten geworden. Der lokale medico-Partner, die mauretische Menschenrechtsorganisation AMDH, steht jenen bei, die völlig rechtlos sind. Ihre Juristen vertreten kostenlos gefangene Migranten und erläutern kritischen Journalisten über die Perfidie des europäisch-mauretischen „Ausländerrechts“. Auch die christliche Mission von Père Jérôme ist ein bewährter Projektpartner. medico finanziert die Krankenstation und Apotheke der Mission Nouadhibou – das am meisten abgefragte Hilfsangebot der Gemeinde. Für beide Partner sind Rechte und Gesundheit universelle Werte. Das Stichwort dafür lautet: **Migration**.

Trauma und Politik

Psychosoziale Arbeit: Gut besuchte Fachtagung im Haus am Dom

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnete die von medico international, dem Zentrum für Traumapädagogik (Hanau) und der katholischen Rabanus-Akademie veranstaltete Fachtagung „Trauma und Politik“ im Januar 2013. Die Tagung beschäftigte sich weniger mit Methoden von Trauma-Bewältigung, sondern viel mehr mit den politischen Bedingungen, unter denen heute Trauma-Arbeit in Deutschland sowie im Rahmen internationaler Hilfen stattfindet. Im Plenum und in den Arbeitsgruppen ging es in Vorträgen und an praktischen Beispielen darum, Ziele und Bedingungen einer Trauma-Arbeit zu definieren, die die Emanzipation belasteter Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt. Die Grenzen des professionellen

Handelns und die Chance im Handeln der Betroffenen selbst, machte Ariane Brensell in ihrem Auftaktvortrag deutlich. Am Ende ließ sie eine Vertreterin der in Berlin demonstrierenden Migranten zu Wort kommen, die sich gegen die bürokratisch grausamen Auflagen für Asylbewerber zur Wehr setzen. Die Kraft und das Selbstbewusstsein, mit der die junge Frau sprach, machte deutlich: Der Akt des Protests gegen die Entwürdigung ist ein Schritt zur Emanzipation und Befreiung von den traumatischen Erfahrungen, den keine noch so kluge Methode ersetzen kann. Die Dokumentation der Tagung mit Beiträgen von Dr. Ariane Brensell, Wilma Weiß, Usche Merk, Sabine Lübben und anderen finden Sie unter: www.medico.de/trauma ■

Schweigeminute für die Näherinnen

Krankheit und Weltmarkt: medico-Panels bei Armut und Gesundheit

Als der pakistanische Gewerkschafter Nasir Mansoor seinen Beitrag mit einer Schweigeminute für die pakistanischen Näherinnen begann, die bei einem Brand in einer Textilfabrik ums Leben kamen, wurde uns Zuhörerinnen und Zuhörern bewusst, dass wir die ganze Zeit über Menschen, Individuen, Einzelschicksale mit Namen, Adressen und Angehörigen sprechen. Bei den diesjährigen medico-Panels des alljähr-

lich stattfindenden Kongresses „Armut und Gesundheit“ im März in Berlin war es manchmal einfacher, sich die erschütternden Tatsachen nicht als menschliche Schicksale vorzustellen. Im Vortrag von Thilo Bode (Foodwatch), der über die weltweite Hungerkrise sprach, oder von Anne Jung (medico international), die die unaussprechbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen rund um die Minen in Sierra Leone und Niger beschrieb, wurden

die strukturellen Ursachen von Krankheit deutlich. Auch darum ging es: Wie man sie nicht nur benennt, sondern auch in ihrer Macht einschränkt. Ein Beispiel lieferte Sandra Quintela aus Brasilien, die der lokalen Bevölkerung in den Auseinandersetzungen um die Umweltverschmutzung des Stahlwerkes TKCSA (u.a. ThyssenKrupp) beisteht. Entschädigungen für die Anwohner wird es vielleicht nicht geben, aber billiges Produzieren auf Kosten von Umweltstandards und der Gesundheit der Bewohnerinnen

und Bewohner wird sogar für den deutschen Großkonzern teuer. Das Werk ist ökonomisch ein Desaster; Aufsichtsratsvorsitzender Cromme war zum Rücktritt gezwungen. Lokale und internationale Öffentlichkeit hat zu dem skandalösen Fall hat ihren Beitrag geleistet.

Ausführliche Informationen und Videodokumentation von den medico-Panels bei Armut und Gesundheit finden Sie unter: www.medico.de/armutundgesundheit ■

Für das Recht, nein zu sagen

medico bei Blockupy 2013

Im Mai letzten Jahres verwandelten Staat und Polizei die Stadt Frankfurt in eine demokratiefreie Zone, um die europaweite Protestwelle gegen das Sparaktat der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfonds zu stoppen. Absperrgitter und Checkpoints dominierten das Stadtbild. Es war gerade jener Ausnahmezustand, der Protestierende aus ganz Europa und die Stadtgesellschaft der Finanzmetropole zusammenbrachte und in einer der größten und vielfältigsten Demos der letzten Jahre mündete.

medico international unterstützt auch in diesem Jahr die Blockupy Aktionstage gegen die Sparpolitik und den Privatisierungsdruck, die unter dem Motto „Widerstand im Herzen des europäischen Kri-



senregimes“ am 31. Mai und 1. Juni 2013 in Frankfurt stattfinden. Politisch und praktisch. Mit Veranstaltungen u.a. zu den dramatischen gesundheitlichen Folgen der Sparpolitik in Griechenland und Beispielen von Selbstorganisation. Sowie mit dem Bereitstellen von Dixie-Toiletten für die Protestierenden des Widerstandscamps. In Ausnahmzeiten sind die essentiellen Dinge der größte Ausdruck von Solidarität. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das randschreiben, die

medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam! Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit:

Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



medico-Jahresbericht 2011

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Stichwort Gesundheit

(40 S. DIN A5) Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.



Mehr Gerechtigkeit für Millionäre und Milliarden Menschen!

Flyer von medico und Attac zur Kampagne Umfairteilen, die fordert, Reichtum weltweit zu besteuern und die Einnahmen global gerecht zu verteilen.



Fluchtursache Reichtum Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2011
- _____ Mehr Gerechtigkeit...: Flyer
- _____ medico-Stichwort: Gesundheit
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
- _____ medico-Plakate Gesundheit DIN A1
- _____ medico-Stichwort: Pakistan
- _____ Plakat WHY? DIN A1
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Broschüre: Migration und Klimawandel
- _____ medico rundschreiben 03 | 12
- _____ medico rundschreiben 04 | 12

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einschicken an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

(24 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inkl. weiterführende Adressen.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakate, DIN A1)

medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €),

würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Gesundheit.**



Stichwort Pakistan

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Pakistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Konzept kritischer Nothilfe.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Migration.**

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-0, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung: Andrea Schuldt



Lesen Sie weiter.
Informieren Sie sich.
www.medico.de*



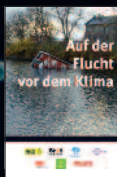
HIGHLIGHTS UNSERER HOMEPAGE:

MALI: Blog von Alessane Dicko, Interview mit Projektkoordinatorin Sabine Eckart, aktualisiertes Hintergrund-Dossier | **MIGRATION:** Flucht und Migration, Broschüre als pdf zum Downloaden | **ÄGYPTEN:** Interview mit medico-Partner Seif Al-Dawla vom El Nadeem-Rehabilitationszentrum für Gewaltopfer in Kairo | **ZENTRALAMERIKA:** Videodokumentation zur Situation von Migrantinnen und Migranten | **NAHRUNGSMITTELSPEKULATION:** Unterschriftenaktion „Mit Essen spielt man nicht“ | **HAITI:** Interview mit medico-Partner Pierre Esperance | **SYRIEN:** Debatte zum Aufruf „Freiheit braucht Beistand“

Regelmäßige Informationen über die Aktualisierungen auf der Webseite erfahren Sie über den medico-Newsletter.



Auch wenn westliche und vorwiegend US-amerikanische Klimawandelleugner versuchen, die Fakten zu relativieren, ist es unbezweifelbar, dass Gletscher und Eismassen schneller schmelzen als der Weltklimarat 2007 vorausgesagt hatte. Die kommende, durch den Klimawandel ausgelöste Migration könnte sich als historisch bislang einzigartiges Phänomen herausstellen – sowohl in ihrer Quantität als auch ihrer Form.



NEU: Migration und Klimawandel

„Auf der Flucht vor dem Klima“ – Vorschläge für eine verantwortungsvolle Debatte / Hrsg: Amnesty International, Brot für die Welt, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Germanwatch, medico international, Oxfam Deutschland / 74 Seiten, DIN A5 (vierfarbig), kostenlos. Bei medico international.